

Transkript der Veranstaltung „Das beste Management für Berlin“ am 16.4.2018
(3. Vorerörterung)

Mit Beiträgen von:

Matthias Spenn	(Leiter Amt für kirchliche Dienste)
Dr. Markus Dröge	(Leiter der Evangelischen Kirche Berlin-Brandenburg-schlesische Oberlausitz)
Dr. Volker Hassemer	(Vorstandsvorsitzender Stiftung Zukunft Berlin)
Christophe Knoch	(MICA MOCA, ehem. Sprecher der Koalition Freien Szene)
Wolfgang Branoner	(CDU-Politiker, SNPC GmbH)
Dr. Birgit Grundmann	(Juristin, ehemalige Staatssekretärin im Bundesministerium der Justiz)
Hartmut Bäumer	(Bündnis 90/Die Grünen, Regierungspräsident a.D., Heinrich-Böll-Stiftung)
Dirk Jordan	(Bündnis 90/Die Grünen, LAG Bildung)
Stefan Richter	(Vorstandsvorsitzender Stiftung Zukunft Berlin)
Dr. Katharina Schneider	(Amt für kirchliche Dienste)
Jephta Neumann	(Gemeindepädagoge Ev. Kirche)
Dr. Clara West	(SPD-Politikerin im Berliner Abgeordnetenhaus)
Horst-Achim Kern	(PROHACON GmbH)
Alexander Straßmeir	(Staatssekretär für Justiz und Verbraucherschutz a.D.)
Prof. Dr. Andreas Musil	(Vizepräsident der Universität Potsdam für Lehre und Studium)
Florian Swyter	(FDP-Politiker im Abgeordnetenhaus Berlin)
Dr. Jörg Antoine	(Konsistorialpräsident der Evangelischen Kirche Berlin-Brandenburg-schlesische Oberlausitz)
Dr. Claus-Peter Clostermeyer	(CDU, ehemals Ständige Vertretung von Baden-Württemberg in Berlin)
Thomas Birk	(Bündnis 90/Die Grünen)
Bertram Schwarz	(Verband Berlin-Brandenburgischer Wohnungsunternehmen)
Dr. Erik Lindner	(Geschäftsführer Axel-Springer Stiftung)
Thomas Hess	IT-Manager bei der Senatsverwaltung für Inneres und Sport
Frank-Christian Hansel	(AfD-Fraktion Berlin, Parlamentarischer Geschäftsführer)

Matthias Spenn: Das beste Management für Berlin – dazu sind wir hier zusammen im Haus der Kirche in Berlin-Charlottenburg, Goethestraße 26-30. Jetzt heißt diese Einrichtung Amt für kirchliche Dienste der Landeskirche Evangelische Kirche Berlin-Brandenburg-schlesische Oberlausitz. Da zeigt sich schon, wo wir hier sind – in einem ehrenwerten Haus, das aber in unterschiedliche Strukturen und Geschichten eingebunden ist. Und ich begrüße Sie ganz herzlich dazu. Mein Name ist Matthias Spenn, ich bin Direktor dieser Einrichtung. Das Amt für kirchliche Dienste ist kein Amt, sondern eigentlich eine Arbeitsstätte. Denn wir haben keine hoheitlichen Aufgaben, sondern wir haben Bildungsaufgaben und Serviceaufgaben für die kirchliche Praxis in den unterschiedlichen Praxisfeldern der Evangelischen Kirche. Wir bilden fort und beraten von der Seelsorge über Religionspädagogik, Kinder- und Jugendarbeit, Frauenarbeit, Männerarbeit, Diversität, Gemeindeberatung, Supervision und solche Geschichten, da ist alles drin. Unser Bürohaus ist da vorne, was Sie schon gesehen haben auf den schönen Stelen. Das ist hier unser Tagungshaus und das ist in den 60er Jahren entstanden – das sieht man an der Architektur und wir haben uns auch bemüht möglichst alles so gut zu erhalten, wie es ursprünglich war, das sehen Sie auch. Und das Haus steht tatsächlich seit 2012 unter Denkmalschutz – nicht nur das Haus, sondern das ganze Areal, nachdem es ursprünglich abgerissen werden sollte. Da sind wir schon mitten beim Thema Politik und Verwaltung in Berlin. Das wollte ich Ihnen nur sagen. Und das Schöne ist – und deswegen begrüße ich Sie auch sehr gerne hier zu dieser Veranstaltung – weil gerade dieses Haus eine wichtige Tradition von Diskurs, vor allen Dingen in West-Berlin hatte, als es noch sozusagen in die Stadt West-Berlin strahlte als Haus der Evangelischen Kirche, wo viele Diskussionsveranstaltungen stattfanden. Hier ist ja gleich die Deutsche Oper um die Ecke, die Krumme Straße, Benno Ohnesorg usw. – das ist alles hier gewesen. Hier waren ganz viele Auseinandersetzungen in den 70er und 80er Jahren, die hier stattgefunden haben. Manche habe ich gesehen, die kennen das auch noch von damals. Und das ist ein toller Ort. Es ist auch wichtig, weil es die letzte Dependence der Landeskirche auf west-berliner Gebiet ist, während ja das Konsistorium – der Bischof usw. – die sind alle in Ost-Berlin in Friedrichshain sozusagen untergebracht. Und das sage ich auch mit ein bisschen Stolz, dass wir hier sind. Und das Schöne ist, dass wir hier bauen werden und wahrscheinlich in zwei, drei Jahren ein saniertes Tagungshaus haben werden und ein neues Bürohaus. Also ganz herzlich willkommen zu dieser Veranstaltung! Ich habe es gesagt – ich freue mich sehr und werde nachher auch einen kleinen Teil moderieren. Jetzt übergebe ich aber erstmal an den Vertreter der Gastgeber und das ist unser Bischof Dr. Markus Dröge und der wird uns jetzt sozusagen nochmal von Gastgeberseite begrüßen.

Markus Dröge: Ja, vielen Dank Herr Spenn! Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich darf Sie herzlich begrüßen im Namen der Gastgeber. Das ist aber nicht nur die Evangelische Kirche, sondern das ist auch ver.di, Frau Stumpfenhusen, die aber heute nicht dabei sein kann, und von der IHK Marion Hass, die hier vorne sitzt. Das Thema ist „Das beste Management für Berlin“. Ich bin schon am Eingang gefragt worden, ob ich das jetzt darlegen werde als Bischof, wie das beste Management für Berlin aussehen soll. Nein, so

ist es natürlich nicht, sondern wir haben ja ein System entwickelt, dass die Gastgebernden nicht unbedingt diejenigen sind, die dann zu dem speziellen Thema auch das wesentliche, maßgebliche einbringen, sondern dass man die Rollen ein wenig verteilt. Dennoch: das Thema Das beste Management für Berlin ist uns allen deutlich, dass dies ein sehr wichtiges Thema ist. Wir sind eine wachsende, eine dynamische Stadt. Jährlich kommen 40.000 Neu-Berliner hierher, die heimisch werden wollen. Wir sind konfrontiert mit den Herausforderungen des 21. Jahrhunderts: Digitalisierung, Globalisierung, demographischer Wandel in ganz besonderer Weise in Berlin.

Doch große Veränderungsprozesse brauchen auch Zeit, brauchen Dynamik. Da kann ich sagen haben wir ähnliches in der Kirche. Wir haben seit Jahren einen Reformprozess, ein Leitbild entwickelt vor einigen Jahren mit 1000 Delegierten, die wir ins Tempelhofer Feld in den Hangar eingeladen haben. Und dieses Leitbild hat den Titel „Begabt leben und mutig verändern“. Und irgendwie stimmt das ja auch für Berlin. Man muss seine eigenen Gaben kennen und man muss den Mut haben, um das Notwendige zu verändern. Das ist ja auch Sinn dieser Veranstaltung, die wir hier mit einem großen gemeinsamen Trägerkreis veranstalten. Berlin steht in den nächsten Jahren vor gewaltigen Veränderungen. Immer mehr Menschen müssen versorgt werden, die Qualität des Services muss verbessert werden, Strukturen müssen vereinheitlicht werden, gutes Personal gefunden werden, und das braucht Steuerung, Expertise, Ideen. Und vor allem müssen die Ideen und Wünsche der Bürgerinnen und Bürger ein Forum finden, eingebracht werden. Ihre Interessen ernst zu nehmen, die Erfahrungen einfließen zu lassen, das ist eben der Antrieb dieser Veranstaltung, die wir hier ja im Vorfeld eines weitergeplanten Prozesses anbieten und ich bin dankbar, dass es die Stiftung Zukunft Berlin gibt, die sich dieser Aufgabe angenommen hat. Volker Hassemer wird dazu ja noch etwas Einleitendes sagen. Wir sind alle gefragt, als Berlinerinnen und Berliner zu sagen, wie wir leben wollen, was wir einbringen wollen in diese Stadt, damit die Zukunft dieser Stadt gestaltet werden kann.

Und wir als Evangelische Kirche sind gerne mit dabei, diese Form von Basisorientierung oder Basissteuerung – das ist etwas, was wir so ein wenig als unser Markenzeichen auch ansehen; dass Entscheidungsprozesse von unten nach oben aufgebaut werden. Wir sind deswegen auch historisch stolz darauf, weil es diese Idee bei uns schon seit dem 17. Jahrhundert gibt, nämlich viel früher als der Gedanke der Demokratie in der Politik. Das hatte historische Umstände, dass in Teilen Deutschlands nämlich der Evangelischen Kirche die Führungsebene weggebrochen war. Da gab es Ländereien, da war die Führungsebene rein katholische und da mussten die reformatorischen Kirchen sich was Neues überlegen, wie sie denn dann Kirche leiten wollen. Und da sind sie auf das sogenannte synodale Prinzip gekommen und bis heute baut sich die Kirche daher stark von unten auf. Ich kann Ihnen darüber jetzt noch eine Viertelstunde erzählen – das werde ich nicht tun – sondern ich will damit nur sagen, wie gerne wir an solchen basisorientierten Prozessen mitmachen. Die Evangelische Kirche, der BUND, die Handwerkskammer Berlin ist dabei, die IHK, der Landessportbund, der Paritätische Wohlfahrtsverband und ver.di – und insofern hoffen wir, und sind gespannt darauf, wie diese Diskussionsprozesse sich entwickeln werden. Nun

freue ich mich auf ein spannendes Gespräch, auf spannende Diskussionen heute Nachmittag; freue mich, dass wir Gastgeber sein können und übergebe gerne an Volker Hassemer.

Volker Hassemer: Vielen Dank Herr Bischof! Vielen Dank Ihnen, der Kirche und allen anderen Partnern, die uns helfen und ermutigen, diese Arbeit zu machen. Die Veranstaltung heute hat, glaube ich, eine besondere Bedeutung für den gesamten Prozess, weil – Sie wissen das – wir wollen; wir meinen – übrigens gemeinsam mit der Politik – dass es für Berlin wichtig ist, darüber nachzudenken und zu Schlussfolgerungen zu kommen, was die Strategie der Stadt ist, die langfristige Strategie der Stadt ist. Und dass es zweitens wichtig ist, dass man das nicht etwa von Seiten der Politik vorbereitet und dann der Bevölkerung anbietet, sondern, dass man es – wie die ganze Stadt eine gemeinsame ist – dass man das gemeinsam macht. Darüber sind wir uns einig und wir sind uns auch einig, dass das zu realisieren kein leichter Weg ist. Das Thema heute allerdings führt uns nach meiner Überzeugung wirklich noch einmal geradezu durch die Notwendigkeit dieses Ansatzes. Wir haben – das werden wir jetzt durch das neue (Powerpoint-)Bild gleich sehen – wir haben im Ergebnis gesagt von Seiten der Stiftung Zukunft Berlin, wir können eine derartige Auseinandersetzung nicht führen mit einem leeren Blatt. Wir geben nichts vor, aber wir hatten den Mut, Anstöße zu geben und zu behaupten, es gibt im Ergebnis nur – behaupten wir – fünf Ziele, fünf strategische Ziele für die Stadt. Und eines dieser Ziele – das ist das Thema des heutigen Abends – ist die Nummer vier: die Stadt mit dem besten Management. Schon das ist eine waghalsige Positionierung, dass wir sagen, das Management, also die Organisation, ist eine der – wenn man nur fünf Ziele hat, ist es trotzdem eines dieser fünf Ziele. Denn ohne dieses Management ist das beste Andere, Inhaltliche, wie auch immer geartete Ziel, verloren. Das war unsere Überzeugung. Und wir haben zweitens gesagt: wenn wir uns in einem derartig aufwendigen Verfahren – das Berlin-Forum soll ein knappes Jahr arbeiten; so jedenfalls ist die Arbeitsstruktur, die wir uns vorstellen – mit Leuten von höchstem Gewicht und damit auch von geringstem Zeitbudget; wenn das so ist, dann kann gerade bei diesem Punkt im Ergebnis nicht rauskommen: Wir haben einiges verbessert. Oder wir haben die zweitbeste Lösung für ein Management. Diese, wie wir uns vorstellen, wichtigste Gruppe von Leuten aus Berlin, kann im Ergebnis nichts anderes sagen, als dass wenn wir uns anstrengen, muss es das beste Management ... – oder will dann jemand aufstehen und sagen: „Wir machen lieber das zweitbeste Management für die nächsten Jahrzehnte in Berlin“? Wir wissen – wir sind nicht blauäugig – wir wissen, dass das leicht gesagt und schwer getan ist. Wir sind aber – und da, Herr Bischof, kann ich dieses Wort des „mutig-Veränderns“ sagen – wir sind bei allem, was wirklich gut läuft – was übrigens auch in der Verwaltung gut läuft; es ist ja tatsächlich so, dass die Organisiertheit der Stadt uns in einem ganz hohen Prozentsatz hilft, überhaupt unser Leben zu führen; die Stadt arbeitet jeden Tag in ganz großem Maße einfach gut und umso ärgerlicher ist es, dass es teilweise strukturell nicht gut läuft. Es ist ein Verrat letztlich an denen, die gut arbeiten und die Gutes leisten, dass das Ganze an Stellen, wo es möglich ist, nicht so gut gemacht wird, wie diese guten Leute (gut) sind. Das ist unsere

These für diesen vierten Punkt – noch einmal wissend: das ist sau schwer! Aber wenn es nicht sau schwer wäre, müssten wir nicht den Bischof und andere bitten, mit uns gemeinsam diese Anstrengung zu unternehmen. Wir wollen es so machen, dass wir in sehr kurzer Form vortragen, was wir uns überlegt haben. Wir haben ja nicht nur die Idee produziert, wir haben auch nicht nur die Überschrift, sondern wir haben uns auch Gedanken gemacht. Nicht Gedanken gemacht, damit sie etwas behaupten: „So soll es sein“ – sondern Gedanken, damit wir mit Ihren Gedanken besser werden und das Berlin-Forum in besserer Weise vorbereiten. Das ist der Sinn des heutigen Abends. Wir werden also durch die Herrschaften, die Sie dort vorne sitzen sehen und die wir gleich einführen werden, werden wir die Einführung haben. Und dann ist der eigentliche Gegenstand des Abends, dass wir, Christophe Knoch, der hier sitzt, und ich, wir werden mit den Mikrofonen bei ihnen rumgehen und Ihnen persönlich die Mikrofone hinhalten und wegziehen. Damit wir nämlich gemeinsam an einem möglichst dichten und fairen Abend heute teilnehmen. Und damit übergebe ich die Regie an Sie –

Matthias Spenn: Ja, Herr Hassemer hat es schon gesagt – das sind die unterschiedlichen Ziele. Heute haben wir das Thema Stadt mit dem besten Management. Dazu hat eine Arbeitsgruppe in der Stiftung getagt und hat sich dazu Thesen ausgedacht und die Thesen – auch noch bis zum letzten Moment, habe ich gehört, dran gefeilt – diese Thesen werden jetzt in vier verschiedenen Abschnitten von fünf Personen, die beteiligt sind, vorgestellt. Als erstes begrüße ich Herrn Wolfgang Branoner, der sitzt dort. Und Herr Branoner wird etwas sagen zu „Digitalisierung ist mehr als Technik“. Ich will aber kurz noch sagen für die, die ihn vielleicht noch nicht so oft gesehen haben: Herr Branoner ist CDU-Politiker, er ist von 1985-1990 Bezirksstadtrat für Bau- und Wohnungswesen in Berlin/Neukölln gewesen. Er war dann Staatssekretär in der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umweltschutz und dann auch in der Senatsverwaltung für Wirtschaft und Betriebe. War dann Wirtschaftssenator, ist dann in die Wirtschaft gegangen, bei T-Systems und bei Microsoft und ist jetzt als Berater und geschäftsführender Gesellschafter einer Beratungsfirma in Berlin tätig. Ganz herzlich Willkommen, Herr Branoner. Wir sind gespannt, was Sie uns in 3-4 Minuten zum ersten Teil der Thesen sagen.

Wolfgang Branoner (CDU): Ich habe auf seinen Zettel geguckt, da steht 5 Minuten.

Matthias Spenn: Ja, ich bin ja Pädagoge, deswegen sage ich 3-4 Minuten, damit Sie nicht ...

Wolfgang Branoner: Herzlichen Dank erstmal! Wir sind ja sehr engagiert in sehr vielen Themen bei der Stiftung und wir glauben eben, dass gerade auch die Richtung – wohin soll sich Berlin entwickeln – etwas ist, wo die Bürger eingebunden werden sollen. Das gab es zwar nicht ganz so vor knapp 100 Jahren. 1920 gab es einen riesengroßen Wurf: das war das Gesetz über Groß-Berlin. Aus vielen, vielen hundert Gemeinden gab es ein Konstrukt. Wir wünschen uns den Mut, den Politik und Gesellschaft wieder aufbringt, um in zwei Jahren, wenn wir unser 100-jähriges Jubiläum feiern, wir wieder einen großen Wurf haben statt Klein-Klein oder der x-ten Verwaltungsreform. Es gibt zwei Querschnittsthemen, die

elementar sind, die wir auch jeden Tag, wenn wir als Bürger mit der Verwaltung zu tun haben, spüren. Das eine ist eine nachhaltige Konzeption für die Digitalisierung – insbesondere was die Transformation anbelangt – und zweitens das Thema Personal. Eine Bemerkung zur Digitalisierung und eine Bemerkung zum Personal: Digitalisierung ist viel mehr als Technik. Wir hören und sehen das nahezu täglich. Sie ermöglicht und bedingt die Transformation, die Veränderung von Aufgaben, von Organisationen, von Prozessen und ermöglicht auch Kooperationen innerhalb der Verwaltung und zwischen der Verwaltung und den Bürgern und den Unternehmen. Wir wissen, dass die Verwaltung hinterherhinkt, Fingerpointing hilft nicht. Neulich hat ein Herausgeber einer Zeitung in Berlin – Tagesspiegel – mal gesagt, wir sollten die Krise zur Chance nehmen und dann daraus etwas Tolles machen und quasi entwickeln und in die Welt hinein exportieren. Welt stimmt nicht, ich meine ja auch nicht die Zeitung. Aber trotzdem – jedenfalls wäre das Etwas. Der Normenkontrollrat hat mal ausgerechnet: Wenn die Dienstleistungen der öffentlichen Hand oder Hände in Deutschland angeboten würden, wären das 84 Millionen Stunden, die die Bürger einsparen würden und sich nicht mit Verwaltung bemühen. Stellen Sie sich mal vor, wie viel Sauerstoff da gespart werden würde. Das sind 3,5 Millionen Tage oder 9500 Jahre. Digitalisierung ist kein Selbstzweck. Sie verändert gewissermaßen weg vom Silo-Denken zu kommen, hin zu Kunden- und Bürgerorientierung – oder andersrum: nicht der Bürger geht zur Akte, sondern die Akte geht zum Bürger. Und die Entscheidungen werden transparenter. Davon will man sich vielleicht aus Verwaltungssicht manchmal auch schützen, wir glauben aber, dass das richtig ist.

Noch etwas anderes als Anregung: Digitalisierung von oben und von unten. Es ist eine Art von Paradigmenwechsel. Wir glauben, dass die obere Instanz die Verantwortung übernehmen muss. Der Senat muss die Verantwortung übernehmen. Der Senat muss die entsprechenden Mittel in den Haushalt einstellen, analog zu Dänemark oder Österreich, wo die jeweiligen Landesregierungen gewissermaßen die Vorgaben gegeben haben. Von oben: Die nächste Instanz – hier bei uns die Bezirke – sind dann ermächtigt, sie dürfen – nein: sie müssen sogar, sie haben die Pflicht, es wird ihnen eingeräumt – diese Dinge auch zu nutzen. Wir haben einheitliche Standards. Sie werden gesteuert; für die Kontakte vor Ort sind die Bezirke zuständig. Von unten: Es reicht aber nicht aus, dass Lösungen oder Dienstleistungsangebote nur an die Bürger und Unternehmen gegeben werden; das macht auch kein Unternehmen. Sondern die Bürger müssen eingebunden werden: Welches sind die Dienstleistungen? Wie wollen sie sie nutzen? Die Unternehmen genauso. Obama nannte das „citizen experts“ – also die Bürger als Experten gewissermaßen in eigener Angelegenheit und der Staat setzt dieses als Angebot gewissermaßen um. Es geht also nicht nur um Verwaltungsreformen, es geht uns um Transformation. Zweite Anmerkung zum Personal: Transformation ohne die Menschen – das geht nicht. Wir merken immer mehr, dass die mangelnden qualitativen und quantitativen personellen Ressourcen dafür sorgen, dass wir auch in eine strukturelle Krise kommen in Berlin. Wenn heute jemand heiraten will und er wird nach Belgien verwiesen, weil die hätten noch Termine, aber in Berlin nicht; Wenn heute Menschen Geld benötigen aus der Unterhaltsvorschusskasse, es

wird aber gesagt: „Tut uns Leid, erst in vier Monaten, sie müssen zusehen - Haben Sie nicht Familie, die Ihnen helfen kann?“; Wenn heute Baugenehmigungen so lange dauern; Wenn heute Schulen nicht mal gebaut und geplant werden können, wenn ein Kind geboren wird, um in sechs Jahren fertig zu sein. Dann haben wir ein strukturelles Problem als Stadt! Wir zahlen Gebühren, wir zahlen Beiträge, wir zahlen Steuern. Es gibt so etwas wie einen Vertrag zwischen den Bürgern und den Menschen – Artikel 20 Grundgesetz – dafür bekommen wir unsere Leistungen: Daseinsvorsorge. Sie wird heute nicht erbracht. Verwaltung ist digital und personell. Wir müssen sehen, dass die Menschen – Volker Hassemer hat das eben gesagt – versuchen, ihre Leistung zu erbringen. Sie brauchen aber auch Fairness, Vergleichbarkeit, sie brauchen Professionalität im Personalmanagement und das ist ebenfalls elementar für den Transformationsprozess. Es ist eine Übereinkunft herzustellen, dass wir in den nächsten Jahren neue und kürzere Regelungen benötigen. Wir brauchen einen Masterplan „Personal“, der gemeinsam auch Personalexperten aus Wissenschaft und Wirtschaft einbindet. Uns fehlen noch auf die 120.000 (Stellen) 10.000 Leute und der Senat spricht davon, dass man die 10.000 Leute schnell einstellen wird. Er vergisst dabei, dass 25.000 - 30.000 in den nächsten Jahren gehen. Er muss also nicht 10.000 einstellen, sondern 30.000 - 40.000 und muss die DANN der Dienstleistungsorientierung wieder in der Berliner Verwaltung versuchen zu etablieren. Letzte Anmerkung für beide Bereiche, für das Thema Digitalisierung und Personal gilt die Haltung, die innere Einstellung von: Mensch, Organisation, Infrastruktur und Arbeitsumfeld müssen sich verändern. Unser Credo jedenfalls ist „Gemeinsam können wir besser – keiner kann es allein; es geht nicht von heute auf morgen; wenn wir heute allerdings nicht anfangen, kriegen wir übermorgen nicht das, was wir brauchen, nämlich eine gute Leistung.“

Matthias Spann: Vielen Dank! Das nächste Thema ist „Berlin braucht ein professionelles Vollzeitparlament“. Sie sehen, hier vorne ist eine illustre Reihe von älteren, also überwiegend älteren, Herren. Zum Glück ist eine Dame dabei. Das ist überhaupt der Eindruck, der hier ist, dass es ein ungleiches Verhältnis ist. Das ist schon ein Problem, das ist aber nicht unser Thema. Mir fällt das sofort auf.

Volker Hassemer: Leider sind Sie auch relativ alt und auch keine Dame.

Matthias Spann: Also Frau Grundmann, Birgit Grundmann, hat Rechtswissenschaft und Politikwissenschaft studiert, war wissenschaftliche Mitarbeiterin im Max-Planck Institut für ausländisches und internationales Privatrecht, war Rechtsanwältin und im Bundesministerium für Justiz lange beschäftigt; war dann seit 2009 als erste Frau beamtete Staatssekretärin im Bundesministerium der Justiz – man will das heutzutage gar nicht mehr glauben, dass das so spät auch erst möglich war – und arbeitet jetzt als Rechtsanwältin, vor allen Dingen als Regierungsberaterin in den EU-Beitrittsländern und ist da viel unterwegs. Eben hat sie erzählt, dass sie gerade noch in Albanien war. Ganz herzlich willkommen, dass Sie jetzt hier sind. Sie sind auch Mitglied der Arbeitsgruppe und werden uns jetzt Ihre Perspektive hier sagen.

Birgit Grundmann: Sehr gerne! Kleiner Trost – in Albanien ist es noch viel schlimmer. Aber das ist ja vielleicht auch nicht der Maßstab, an dem wir uns hier messen sollten. Also die Überschrift meines kurzen Statements lautet „Profis sollten Profis kontrollieren“. Wir reden über professionellere Verwaltung, da müssen wir natürlich in einem parlamentarischen System auch über eine professionelle Kontrolle unserer Verwaltung sprechen. Und neben der Gesetzgebung ist die effiziente Kontrolle der Senatsverwaltung und der dazugehörigen Behörden natürlich eine der wichtigsten Aufgaben – wenn, neben der Gesetzgebung, nicht *die* wichtigste Aufgabe – des Abgeordnetenhauses. Ich werde mein Ergebnis mal vorwegnehmen: also ich glaube nicht, dass ein Teilzeitparlament diese Herkulesaufgabe mittel- bis langfristig bewältigen kann und das will ich kurz begründen. Ich habe viele Jahre, also ein Drittel meines Lebens, in NRW, ein Drittel in Hamburg und ein weiteres Drittel – und das ist das letzte jetzt – in Berlin gelebt. Ich kenne also sowohl Flächen- wie Stadtstaaten. In diesen letzten 20 Jahren – sie haben es kurz angedeutet – habe ich als Bundesbeamte im Bundesjustizministerium erlebt: die wirklich sehr effiziente und sehr professionelle Kontrolle der Exekutive durch den deutschen Bundestag – ein Fulltime-Parlament. Ich bin fest davon überzeugt, dass die Bundesverwaltung auch deshalb besser funktioniert als die Berliner Verwaltung, weil die Kontrolle auch besser ist – die parlamentarische. Und ich bin auch ganz sicher, dass in Berlin ein Vollzeitparlament - mit weniger Abgeordneten natürlich, die sich dann, aber Fulltime, auch mit der Kontrolle der Verwaltung befassen können – eine ganz entscheidende Voraussetzung ist für ein besseres Management dieser Stadt. Und wenn die Abgeordneten dann auch noch über Landeslisten und nicht über Bezirkslisten aufgestellt würden, dann würde das die Qualität in diesem Bundesland mit Sicherheit auch positiv beeinflussen und damit auch die Kontrollfähigkeit des Parlaments stärken.

Ich weiß natürlich, dass wir hier in Berlin vor einigen Jahren eine Parlamentsreform hatten, aber ehrlich gesagt war die eine Mini-Reform. Und man muss die Frage stellen: Hat sich durch höhere Pauschalen für die Mitarbeiter der Abgeordneten und durch missbrauchsanfällige Zuschüsse für Bürgerbüros der Abgeordneten wirklich etwas verändert? Das ist natürlich eine rhetorische Frage. Haben wir nicht alle viel zu häufig den Eindruck, dass das Abgeordnetenhaus dem Missmanagement dieser Stadt hinterherhinkt, statt treibende Kraft zu sein? Und noch eins: Gerade für jemanden, der den Großteil seines Lebens eben auch außerhalb Berlins verbracht hat und weiter verbringt – Berlin ist sich viel zu häufig selbst genug. Ein Blick über den Tellerrand schadet nie. Und dann fällt einem natürlich als allererstes Mal ein „Wieso denn?“ In anderen Stadtstaaten wie Hamburg, Bremen funktioniert es doch auch mit Teilzeitparlamenten. Aber die Frage ist doch: wollen wir uns damit wirklich vergleichen? Hamburg hat 1,8 Millionen Einwohner, Bremen hat ganze 700.000 Einwohner. Wir haben fast 4 Millionen, wir sind Bundeshauptstadt. Wir müssen uns mit den Flächenländern vergleichen und ganz sicherlich nicht mit den Stadtstaaten Bremen und Hamburg. Deshalb – Abschluss – wenn wir irgendwas verändern wollen, dann brauchen wir mehr Professionalität auch bei den Kontrolleuren. Und das heißt über kurz oder lang ein Vollzeitparlament. Ich erkenne hier mindestens einen

Abgeordneten des Abgeordnetenhauses im Publikum und freue mich auf die Diskussion darüber. Vielen Dank!

Matthias Spenn: Ja, vielen Dank! Es sind mehrere Abgeordnete, hab' ich auch schon gesehen.

Volker Hassemer: Hört mal zu – wir haben hier eine strenge Ordnung. Erstens ist es toll, dass Frau West da ist, wir werden sie noch erleben. Und – wenn Sie erlauben – machen wir jetzt erstmal weiter.

Matthias Spenn: Strenge Ordnungen werden eingehalten. Jetzt machen wir weiter. Ich begrüße als nächstes ein Paar – Hartmut Böhmer und Dirk Jordan, die hier als Partner sozusagen inhaltlich eintreten für das Thema „sichtbare Wahrnehmung zentraler Verantwortung“. Hartmut Böhmer ist auch Jurist und Politiker. Er war einer der ersten grünen Landtagsabgeordneten in Bayern und ist auch Mitglied des Bayerischen Verfassungsgerichtshof; war dann auch Regierungspräsident in Gießen – also ist auch rumgekommen, wie man sieht. War dann in einer Regierungskommission „Zukunft des öffentlichen Dienstes, öffentlicher Dienst der Zukunft“ in Nordrheinwestfalen; und dann auch Mitglied der Enquete-Kommission „Eine Zukunft für Berlin“ des Berliner Abgeordnetenhauses. Er beschäftigt sich also schon lange mit dieser Frage. Denn diese Enquete-Kommission war 2005 gegründet worden. Er war Ministerialdirektor jetzt zum Schluss in Baden-Württemberg als Amtschef des Ministeriums für Verkehr und Infrastruktur; ist Mitglied des Aufsichtsrats der Heinrich-Böll Stiftung und auch stellvertretender Vorsitzender im Vorstand von Transparency International Deutschland – also auch eine interessante Perspektive nochmal. Und Dirk Jordan, der neben ihm sitzt, ehemaliger Grünen-Stadtrat in Kreuzberg, Grundschullehrer vom Grundberuf her, Volksbildungsstadtrat auch gewesen in Kreuzberg. Im Internet wird er auch als Hobby-Historiker bezeichnet, weil er viel Gedenkstättenarbeit macht und lebt wieder in Zehlendorf, wo er eigentlich herkam und zwischendurch mal in Kreuzberg. Herzlich willkommen!

Hartmut Böhmer: Ja, meine Damen und Herren, ein modernes Stadtmanagement ist ein riesen Thema. Ich beschränke mich heute auf zwei Aspekte: Die sichtbare Wahrnehmung zentraler Verantwortung – das fehlt aus meiner Sicht in Berlin sehr stark – und die spürbare Verbesserung des Stadtmanagements und der Dienstleistungen der Verwaltung für alle. Die Frage, die ich mir gestellt habe, ist: Was ist bezüglich der Verwaltungsstrukturen denn dann nötig, was brauchen wir? Da habe ich vier Punkte: 1. klare Entscheidungsstrukturen, 2. Verantwortungsübernahme, 3. Transparenz und 4. Partizipation. Dazu werde ich jetzt zu jedem dieser Punkte kurz etwas sagen. Klare Entscheidungsstrukturen: Für mich bedeutet das als erstes, dass es klare Regelungen in Berlin geben muss, wer und welche Ebene für was zuständig ist. Das AZG lässt im Paragraph 1, wo zwischen kommunalen und staatlichen Aufgaben oder bezirklichen und Senatsaufgaben nicht unterschieden wird, offen, wer es denn machen soll. Das muss, meiner Meinung nach, geändert werden. Es sollte eine Aufgabenverteilung stattfinden nach

gesamtstädtischer und bezirklicher Zuständigkeit, je nach Inhalt der Aufgabe. Das heißt konkret: Gesamtstädtisch sind all die Aufgaben, die die Stadt als Einheitsgemeinde insgesamt betreffen und einen Bezug über die jeweilige Bezirksgrenze hinaus haben. Dies kann sachlich und örtlich begründet sein. Um das nochmal zu sagen: Eine Straßenbahnlinie oder eine Buslinie, die über mehrere Bezirke geht da ist es örtlich begründet; und bestimmte Polizeiaufgaben da ist es sachlich begründet – nur um das deutlich zu machen. Diese Aufgaben, die gesamtstädtisch sind, können vom Senat selbst wahrgenommen werden, aber sie sollten in der Regel, oder werden in der Regel, im Auftrag des Senats von den Bezirken wahrgenommen. Und dafür sollte etwas wiedereingeführt werden, was wir Jahrzehnte in Berlin hatten, nämlich die Erledigung nach Weisung mit Fachaufsicht durch den Senat. Das ist in jedem Bundesland so. Das ist eigentlich nur in Berlin so, dass es das nicht geben soll, da haben wir ein Defizit. Das ist in den 90er Jahren so geregelt worden, das hatte politische Gründe, als 23 Bezirke in 12 verwandelt wurden. Aber ich will das hier nur ansprechen, dass meine Überzeugung, ob das Bayern ist, ich komme aus Nordrheinwestfalen, Hessen, Baden-Württemberg - ich kenne diese Länder alle, da hat sich das bewehrt. Die Finanzierung dieser Aufgaben sollte nach dem Konnexitätsprinzip erfolgen. Also welche Aufgaben übertragen werden müssen auch voll von dem Senat – vom Abgeordnetenhaus – über das Budget dann abgedeckt werden. Bezirklich sind demgegenüber alle Aufgaben, die sich örtlich und sachlich auf die jeweilige Bezirksebene beschränken. Sie sollen dort eigenständig erledigt werden und unterliegen nur der Rechtsaufsicht. Also diesen Misch-Misch, was wir bisher haben, dass sozusagen der Regierende Bürgermeister, der Senat, sagt: „Das ist jetzt wichtig, das ziehen wir an uns“, das soll es nicht mehr geben. Es ist klar: entweder ist es dort oder dort. Diese Aufgaben – diese bezirklichen – werden über globale Zuweisungen durch die Bezirke finanziert. Die kriegen einen Globalhaushalt und können dann auch selbstständig entscheiden, wie sie das Geld einsetzen.

Wenn diese Voraussetzungen erfüllt sind, heißt das für mich zweitens: Es kann kein Schwarzer-Peter-Spiel mehr bezüglich der Zuständigkeiten geben. Dass immer: „Die eine Ebene sagt mir, wir sind nicht zuständig“ und die andere sagt „Aber ihr hättet es machen müssen“ und so weiter. Es ist ja bekannt - die Fälle brauche ich hier nicht einzeln anzusprechen. Dann kann man auch relativ schnell zu Entscheidungen kommen. Voraussetzung ist erstens, dass wer zuständig ist, auch die Verantwortung übernimmt. Auch da sehe ich hier Defizite. Das hängt aber auch mit den schlechten Strukturen zusammen, die ich unter 1. angesprochen habe. Zweitens sollten die Verwaltungsvorschriften genutzt werden zur fachlichen Steuerung. Da gibt es ja einige. Wir haben in dieser neuen Kommission, die eingerichtet worden ist, im Bereich Genehmigungen im Bauverfahren sehr deutliche Hinweise, dass diese Vorschriften da sind, aber nicht genutzt werden – will ich im Einzelnen hier jetzt nicht ausführen.

Drittens und Viertens: Der Weg zu den Entscheidungen, die dann schneller und transparenter sind, ist durch zwei Merkmale gekennzeichnet. Erstens – Transparenz: durch Offenlegung aller Prozesse nach Innen für ein Ablaufcontrolling, dass man wirklich sehen

kann „was passiert da eigentlich“ und gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern und Unternehmen zur Nachverfolgung des Behördengangs. Hier will ich sagen, hier weiß ich, wovon ich spreche. Das habe ich im Regierungspräsidium in Gießen in einem Prozess, der immerhin auch von Speyer honoriert worden ist, durchgeführt. Letzter Punkt - Partizipation von zu beteiligenden Behörden und AntragstellerInnen im Gegenstromprinzip. Es ist schon gesagt worden: Klar ist, dass natürlich auch die Basis - sowohl in der Verwaltung, wie auch die betroffenen Bürger - beteiligt werden müssen. Meiner Meinung nach muss es so gehen, dass Vorgaben beispielsweise gemacht werden von der Spitze und dann von unten dazu Stellungnahmen kommen und dann wird entschieden - das ist das Gegenstromprinzip. Ziel muss sein, eine einheitliche Anlaufstelle für Bürgerinnen und Bürger und Unternehmen, wo sie mit ihren Anträgen aufgenommen werden und dann wird es im Back-Office geklärt, wer es macht. Zweitens: alle Entscheidungen innerhalb selbstgesetzter und offengelegter Fristen mit Konsequenzen, bei deren Überschreitung aus verwaltungsmäßigen Gründen bzw. aus Gründen fehlender oder schwergängiger Beteiligung - das gibt's auch - der Anlaufstelle gesagt wird, was die Folgen sind. Ich bedanke mich.

Dirk Jordan: Was bedeutet das, was Hartmut Bäumer nun für die zentrale Ebene gesagt hat, für die Bezirke? Meine Antwort und These ist, Berlin braucht seine Bezirke als Teil einer einheitlichen Verwaltung. Da mögen jetzt manche schon zurückzucken. Ich meine, wir müssen diese Dialektik aushalten. Was heißt das? Was bedeutet Bezirke als Teil einer einheitlichen Verwaltung? Ich will das an drei Punkten ausmachen. Klar ist, in Berlin werden gleiche Aufgaben an verschiedenen Stellen durchgeführt. Wir haben ja 12 Bezirke, wir haben die ja auch aufgeteilt. Was nicht klar ist, dass gleiche Aufgaben auch in gleicher Weise in den Abläufen, in den Prozessen, durchgeführt werden. Wir haben zwar die Aufgaben, aber es kann verschieden gemacht werden. Wir kennen die unterschiedlichen Software-Anwendungen bei Bürgerämtern, wir kennen die Landrechte bei den B-Plan-Aufstellungen und ähnliches. Die Einheitlichkeit in der Durchführung - also in den Prozessen als Norm - das muss es geben. Ich hätte jetzt gedacht, wenn Herr Kleebank da wäre, würde er noch sein Projekt dazu vorstellen.

Volker Hassemer: Der ist nicht da ...

Dirk Jordan: Aber ich denke, es wäre für alle Beteiligten hilfreich, wenn diese Einheitlichkeit nicht nur gefordert, sondern auch normiert wäre. AZG Paragraph 1 wurde schon angesprochen und da steht: bisher werden in Berlin staatliche und gemeindliche Tätigkeiten nicht getrennt - O.K. - könnte aber fort- und sollte fortgesetzt werden, ihre Durchführung erfolgt aber auf bezirklicher oder auf Senatsebene jeweils in einheitlicher Form.

Zweiter Punkt: Eine faire Finanzierung ist eine notwendige Grundlage für die Zusammenarbeit. Hier gab es in den letzten Jahren - Jahrzehnten - ein Spiel, wo die Zentrale sich auf Kosten nachgeordneter Ebenen - sei es die Bezirke oder die Landesämter - ein Stück vor dem Spardo gedrückt hat. Das muss zu Ende sein. Ich glaube, es ist auch

so, dass es zu Ende ist, insofern können wir hier rangehen. Hartmut Bäumer hat es schon angesprochen – es geht darum, bezirkliche Aufgaben mit der Globalsumm-Budgetierung, die inklusive von inhaltlichen und formalen Qualitätsstandards allerdings verbunden sein muss, und die anderen Aufgaben per Konnexität voll in der Verantwortung des Senats aber auch in der Finanzverantwortung. Letzter Punkt: es geht, aus meiner Sicht, um die Entpolitisierung der bezirklichen Verwaltung. Das elende Schwarzer-Peter-Spiel zwischen Bezirk an Senat, Senat an Bezirk – also keine Schuldzuweisung – aber auch innerhalb des Bezirks, muss beendet werden, meine ich. Dass durch eine zusätzliche Politisierung das Bezirksamt zu beleben, halt ich für grundverkehrt. Ich meine, es geht um eine Entpolitisierung und Professionalisierung der bezirklichen Verwaltungsspitze. Das bedeutet zweierlei für mich: Der Bezirksbürgermeister bekommt eine Rolle vergleichbar mit dem eines Amtschefs im Ministerium. Er hat also das Recht für die Erstellung von Vorlagen - die eben der andere Kollege nicht bringen will, Fristen zu setzen, sie auf die Tagesordnung zu setzen und schlimmstenfalls in Konfliktfällen eine Entscheidung herbeizuführen. Zweitens: Stadträte, Stadträtinnen natürlich, werden auf Basis fachlicher Eignung gewählt. Eventuell sollte man auch darüber nachdenken, ob die Amtszeit von der Legislaturperiode der Bezirksverordnetenversammlung getrennt werden. Ziel: wir haben eine Verwaltungsstruktur in der die Entscheidungswege klar sind und die Entscheidungsträger als Verantwortliche erkennbar – natürlich auf Hauptverwaltungsebene, wie Bezirksebene. Danke.

Matthias Spenn: Vielen herzlichen Dank! Jetzt begrüße ich Herrn Richter. Stefan Richter ist der geschäftsführende Vorstand von der Stiftung, insofern einer der Veranstalter. Er wird uns etwas sagen zu dem Thema „Aus Betroffenen Beteiligte machen – Rolle der Zivilgesellschaft“.

Stefan Richter: Ja, herzlichen Dank! Wir sind davon überzeugt, dass die Bürgerinnen und Bürger die wichtigste Ressource Berlins sind und wir sind überzeugt, dass das Thema „Stadtmanagement“ eins von fünf großen Zielen für die Zukunft Berlins sein sollte. Denn wenn wir uns inhaltliche Ziele setzen und es operativ nicht umsetzen können, dann haben wir ein Problem. Deswegen sagen wir: da muss Etwas passieren. Und wenn es so ist, muss es natürlich auch darum gehen, Zivilgesellschaft, Bürginnen und Bürger, Institutionen oder Unternehmen an der Umsetzung des Stadtmanagements und an der Erarbeitung des Stadtmanagements zu beteiligen. Bei der Umsetzung des Stadtmanagements ist für uns ein wichtiger Punkt, weil das nicht nur Sache der Verwaltung ist. Es geht nicht nur um Verwaltungsmodernisierung, sondern es geht auch darum, wie Stadtgesellschaft Teil des Stadtmanagements sein kann. Ich will ein Beispiel nennen, wo das Jedem, glaube ich, deutlich geworden ist, wie wichtig die Stadtgesellschaft ist: nämlich bei der Aufnahme und Integration von Flüchtlingen. Wenn nicht Tausende von BürgerInnen und Institutionen hier mitangepackt hätten – das will ich gar nicht weiterdenken.

Wir haben als Stiftung gemeinsam mit dem Paritätischen Wohlfahrtsverband und dutzenden von Unternehmen ein Projekt durchgeführt, was immer noch läuft, um

geflüchtete in Arbeit zu bringen und viele, viele andere, Tausende haben sich mit engagiert. Ohne das wäre es nicht gegangen. Oder ein anderes Thema: Wetter war ja ganz nett, war gestern im Friedrichshain. Wenn Sie im Park sind und das Wetter ist schön, wissen Sie, ist Abfall ein riesen Problem. Darum haben sich die Naturschutz- und Grünflächenämter gekümmert, jetzt gibt es das Pilotprojekt mit der BSR. Wenn es aber nicht gelingt hier Stadtgesellschaft mit in die Verantwortung zu nehmen, werden wir an solchen Themen scheitern. Das heißt, wir schlagen vor, eine Studie zu erstellen, wo und an welcher Stelle und unter welchen Voraussetzungen privates Engagement Teil des Stadtmanagement sein kann. Also wo können es Private besser oder wo entlasten Private schlicht auch die Verwaltung. Auch das ist ja nicht ganz unwesentlich, wenn man sieht, wie schwierig das mit den Kapazitäten ist. Das, diese Studie, sollte beobachtet und aufgegeben werden, kontrolliert werden von Politik und Stadtgesellschaft gemeinsam. Also nicht, dass die Verwaltung irgendwie da was beauftragt, sondern eine gemeinsame Studie sollte dort erstellt werden.

Das zweite Thema: Wie kommen wir denn jetzt eigentlich in die Pötte, wie man so schön sagt? Es gibt Vorschläge – es sind viele genannt worden. Wir haben mit dem Tagesspiegel jetzt ja gemeinsam so eine Serie durchgeführt; auch viele von Ihnen, oder Einige von Ihnen, haben dort Beiträge geliefert: Vorschläge liegen auf dem Tisch. Aber wie kommen wir jetzt in die Umsetzung? Wir haben in der letzten Legislaturperiode auch gemeinsam mit der IHK, mit Fraktionsvorsitzenden, mit Bezirksbürgermeistern, mit Senatsmitgliedern Vorschläge unterbreitet und wir haben festgestellt, die Politik allein hat das nicht umgesetzt. Sie ist nicht in der Lage, es allein umzusetzen. Das heißt, unsere Überzeugung ist: Wir brauchen hier einen Diskurs mit Politik und Zivilgesellschaft gemeinsam. Und da sagen wir, das Berlin-Forum ist das idealtypische Format, wo nämlich auf Augenhöhe der Kunde gemeinsam mit dem Umsetzer - also schlicht auch Politik und Verwaltung - sich überlegt, wie wir zum besten Stadtmanagement kommen. Es sind ja Bedarfe artikuliert worden, einheitliche Anlaufstelle, um mal einen Punkt zu sagen. Wir fragen uns auch, welche sind vielleicht die zwei Dienstleistungen, die als erstes digitalisiert werden müssen. Warum soll sich das denn die Verwaltung ausdenken? Das sollte doch die Stadtgesellschaft tun – solche Beiträge sollten kommen. Also sprich: aus Betroffenen auch Beteiligte machen. Und hier wird es im Berlin-Forum, so, wie wir es konzipiert haben, sicherlich darum gehen, Leitplanken zu definieren „Wo wollen wir hin?“, „Wo sind die wichtigsten Punkte, die wir zum Thema bestes Stadtmanagement angreifen wollen?“ Und es muss darum gehen: „Wie wird diese Struktur aufgesetzt?“

Was wir vor uns haben, ist ein Prozess, der sich über Jahre hinweg ziehen wird, denn unseren Anspruch - das beste Management - werden wir nicht in einem Jahr umgesetzt bekommen. Sondern wir müssen einen Prozess aufsetzen, einen Stufenplan. Und da brauchen wir eine Struktur - auch da sind wir überzeugt – die nicht ausschließlich politisch ist, sondern eine Struktur, wo Politik und Stadtgesellschaft gemeinsam diesen Prozess begleiten und kontrollieren und jederzeit öffentlich auswerten. Eine interne Kommission, oder auch Modelle wie Enquete-Kommission, halten wir für nicht geeignet, um zu einem

besten Stadtmanagement zu kommen. Hier kann man sicherlich an der ein oder anderen Schraube drehen, aber ich denke, wir verlieren Zeit durch solche Maßnahmen. Sondern was ansteht, ist praktisch, dass die vielen Vorschläge, die auf dem Tisch liegen – aus der Politik, aus der Stadtgesellschaft – gemeinsam in dem Format Berlin-Forum diskutiert werden.

Volker Hassemer: Vielen Dank, Herr Richter! Bitte, ich muss das nochmal sagen, weil es ja in der Kürze der Zeit sehr dominant vorgetragen worden ist. Das, zu dem wir gekommen sind, sind letztlich Fragen und Anstöße für die noch besseren Überlegungen, die wir dann in der nächsten Zeit, aber auch heute, anstellen wollen. So verstehen Sie bitte auch den Teil, der jetzt beginnt. Wir möchten gerne beginnen mit zwei jüngeren Vertretern des Gastgebers – Katharina Schneider und Jephtha Neumann. Frau Schneider, Sie haben das Wort.

Katharina Schneider: Ich fürchte, als jemand, der eher sporadisch Kontakte mit der Stadtverwaltung und auch nicht in dem Sinne Management zu tun hat, bleibt es mir über die Situationen zu sprechen, die Herr Hassemer am Anfang schon mal erwähnt hat – nämlich die Situationen, die nicht so gut funktionieren und das sind die Klassiker: die Beantragung eines Reisepasses. Am Schalter neben mir sitzt diese Frau mit Kopftuch und Goldarmring und sie fängt sehr höflich mit Entschuldigungen an und sie redet auf Englisch weiter und endet auf „Bitte“. Und ihr Sachbearbeiter stützt sich mit den Armen auf den Tisch und sticht ihr den Zeigefinger fast ins Gesicht und sagt: „You wait! I ask!“. Und es war alles nicht so schlimm, die Frau war Indonesierin, ich hab da lange gelebt - wir haben noch Kaffee getrunken, alles in Ordnung. Aber wenn man sich den polnischen Sprachkünstler Stanisław Lec, den Lieblingsdichter meines Vaters, nimmt, der sagt, die Verfassung des Staates sollte so sein, dass sie die Verfassung des Bürgers nicht ruiniert, dann hat die Stadtverwaltung an uns beiden gerade schon mal versagt. Nun, Lec's Aphorismus endet natürlich genau da, wo die Schwierigkeiten der Berliner Stadtverwaltung anfangen: Es gibt nicht *den* Bürger - und die Bürgerinnen von Berlin sind divers verfasst. Das weiß die Stadtverwaltung auch und kümmert sich um Diversität mit Weiterbildungsangeboten, mit Vernetzung, mit Gesetzen und Analysetools, mit allem möglichen, aber es braucht Zeit. Es geht alles ziemlich langsam und es gibt zwei Reflexe, die immer wieder einzusetzen scheinen, wenn von Diversität die Rede ist und die, glaube ich, schädlich sind. Der eine Reflex ist, Diversität auf Multikulturalität zu reduzieren. Dazu kommt dann noch ein Kulturbegriff, der – naja ... - und dann landen wir bei multikulturellem Kästchendenken. Es sickert langsam durch, dass vielleicht Ambiguitätstoleranz wichtiger ist in solchen Situationen, wie ich sie gerade geschildert habe, als genaue Kenntnisse der javanischen Kultur – wenn es die gibt. Die Frau war nicht angefasst von dem Zeigefinger, der ihr ins Gesicht gestochen wurde, sondern es war dieses wirklich körperlich und verbal abweisende und abwertende „You wait! I ask!“.

An dem Punkt setzt dann leider langsam der zweite Reflex ein und der sagt, wir müssen Menschen in ihrer Einzigartigkeit wahrnehmen, in ihrer Mehrdimensionalität, ihrer

Veränderlichkeit als Individuen. Das ist auf den ersten Blick ziemlich plausibel und auf den zweiten denke ich, auf gar keinen Fall möchte ich bei der Beantragung eines Reisepasses in meiner Einzigartigkeit, Veränderlichkeit und Komplexität durchleuchtet werden. Die Daten, die ich online aus Versehen hinterlasse, müssten da immer noch reichen. Denn Einzigartigkeit ist längst zu einem Selling Point auf Andreas Reckwitz' „Markt der Singularitäten“ geworden. Und es gibt Stadtstaaten – ich denke insbesondere an Süd-Ost-Asien, Ost-Asien, die Geld machen mit dem effizienten Management, dem Anziehen der allereinigartigsten, flexiblen, tollsten, kreativsten, innovativsten Individuen – die diese Leute anziehen und alle andere von sich weghalten. Solche Stadtverwaltungen unterliegen einem Markt, von dem ich eigentlich nicht Teil sein möchte. Also wenn es weder multikulturelle Kästchenkompetenz ist, noch die effizientere Verwertung von einzigartigen Individuen: Was könnte es sein? An der Columbia Universität gibt es ein sehr interessantes Projekt im Moment, das nennt sich „Ein ökologischer Ansatz zum Eindämmen von Affekten“. Die Affekte, die die dort betreffen - da geht es um sexuellen Missbrauch auf dem Campus. Die Affekte, die uns hier in Berlin betreffen werden öfters mal unter Angst und Wut zusammengefasst. Das ist das, worunter Leute in Berlin im Moment wirklich leiden – Angst und Wut, die sich durch den öffentlichen Bereich verbreiten, durch soziale Netzwerke verbreiten und sich gelegentlich entladen in Hass, Gewalt, in Ausgrenzung, in Abwertung. Und die sollte die Stadtverwaltung besser erfassen und wenn möglich auch steuern. Zeit ist um. Wie genau das gehen könnte, dazu dann Sie.

Volker Hassemer: Herzlichen Dank, Frau Schneider. Wir gehen gleich zu Ihnen, Jephtha Neumann.

Jephtha Neumann: Vielen Dank, dass ich hier was sagen darf! Ich bin Gemeindepädagoge in einer Evangelischen Kirchengemeinde in Kreuzberg und Sie fragen sich jetzt vielleicht: O.K., was kommt jetzt? Das habe ich mich auch ein bisschen gefragt und ich möchte Sie kurz an einer Erfahrung teilhaben lassen, die ich im letzten Jahr gemacht habe, die ich für die bürgerschaftliche Mitverantwortung als sehr wichtig erachte; und die vielleicht dann auch für die Fragen und Anfragen für die Verwaltung interessant ist. Ich bin mit knapp 30 Jugendlichen nach Rumänien in ein kleines Dorf gefahren und sie waren dort auf einmal konfrontiert mit Trockentoiletten und Kühen, die durch das Dorf laufen. Und es gab an dieser Jugendreise einen ganz entscheidenden Unterschied zu den Jugendreisen, die sie davor erlebt haben. Davor waren sie in Skandinavien in einem schönen Haus mit Sauna – also, Sie merken schon den Unterschied und wo es kriseln könnte - so waren meine Vorüberlegungen. Wir waren dann da und es zeigte sich – besonders auch im Nachhinein und da wären wir dann auch beim Thema Langfristigkeit – dass dieses Dorf, in das die Jugendlichen kamen, auf sie reagierte und die Jugendlichen zurück reagierten. Sie haben diesen Ort als einen Ort erfahren, an dem sie selbstwirksam wurden und ich glaube, das ist ein wichtiger Faktor für die Bürgerschaftliche Mitverantwortung. Da, wo Prozesse die Selbstwirksamkeit der Engagierten hemmen oder gar ganz zum Erliegen bringen, können sie zu einem wesentlich größeren Störfaktor – das Wort fiel auch schon mal – führen. Wo sie aber vielleicht gar nicht mal mit so viel Energie mehr, als wir uns das vorstellen,

gefördert werden, können sie unweit größeren Effekt erzielen. Wir haben unmittelbar danach eine Jugendleiterschulung begonnen und fast alle Jugendlichen der Fahrt hatten das Bedürfnis, sich zu engagieren. Was ich noch anfügen möchte, ist, dass ich glaube, dass der Verwaltung mit der bürgerschaftlichen Mitverantwortung vielleicht auch eine neue Rolle im Berufsbild hinzukommt. Denn ich hätte große Freude daran, mich mal in der Stadtverwaltung mit Jemandem zusammen zu setzen, der mir erklären kann und mir Wege zeigen kann, wie ich vielleicht noch Förderungen bekommen kann oder mich vielleicht sogar an Experten verweisen kann, die mir noch weiterhelfen, das ehrenamtliche Engagement zu unterstützen. Das haben wir in der Kirche auch schon, aber auch auf Staatsseite sollte es da was geben und gerade wenn die Mitverantwortung eben nicht schon abgedeckt ist und in anderen Umfeldern auftaucht, gibt es da, glaube ich, Anfragen, die gedeckt werden müssten.

Christophe Knoch: Vielen Dank. Wir haben also etwas gehört von einer Stadtverwaltung Berlins, die nicht zu 100% performt und wir haben von einem Parlament etwas gehört, das offensichtlich nicht ganz professionell ist. Ich habe das Parlament von Berlin als sehr professionell erfahren, als wir mit der Koalition der Freien Szene, ich glaube, 63 der damals regierenden Mitglieder angesprochen haben – aber Frau West, vielleicht nehmen wir Ihren Einwand auf und gehen da direkt in den Disput.

Clara West: Es war wirklich erstmal eine Nachfrage, weil das einen großen Unterschied macht, ob man damit meint, jetzt banalerweise, Professionalität kann entweder meinen, dass man wirklich sagt „In den Fachausschüssen sitzen jetzt nur noch Profis“ sprich: in Bauausschüssen sitzen Baugutachter und Bauunternehmer, im Finanzausschuss sitzen Banker. Ich überspitze das jetzt ein bisschen. Ich vermute mal, das ist wahrscheinlich nicht gemeint. Das andere wäre Professionalität: Einfach insgesamt, dass das Menschen sind, die in der Lage sind professionell zu denken, so will ich es mal sagen. Und das dritte wäre dann der Punkt, Professionalität in Bezug auf das politische Geschäft, weil das ja auch für sich letztendlich, sage ich mal, ein eigenes Feld ist, wo man professionell oder nicht professionell handeln kann. Deswegen meine Nachfrage, weil daran hängt ja auch ein Stückweit - beziehungsweise was Sie meinen - wie meine Meinung dazu ist, oder so ähnlich.

Volker Hassemer: Vielen Dank Frau West. Frau West ist für die SPD-Fraktion ein Eckpfeiler der Verwaltungs- und Politikmodernisierung. Antworten geben wir erst ganz am Schluss. Ich komme gleich nochmal auf das Parlament zurück, vorher gibt es hier zwei Leute aus einer Gruppe, die sich mit Stadtmanagement/-Verbesserung extrem beschäftigt haben: Das ist Herr Kern, früher mal und immer noch und bis ans Lebensende Mitglied der SPD, und das ist Herr Straßmeir, für den gilt wahrscheinlich dasselbe, obwohl der noch länger Leben vor sich hat – er hat sich gemeldet, Sie beide würde ich jetzt gerne einmal einführen -. Die Reihenfolge heißt Kern und dann Straßmeir.

Horst-Achim Kern: Meine Damen und Herren, ich bin das erste Mal in diesem erlauchten Kreise hier und sonst in anderen Kreisen tätig. Ich möchte eine Vorbemerkung machen: viele haben ja gelesen, wenn Sie den Tagesspiegel haben, wie unterschiedlich die Meinungen zu diesem Problem sind – die Genossin West hat das auch wunderbar beschrieben, mit Herrn Verrycken zusammen. Was mich so sehr freut, ist, dass der Senat und auch das Abgeordnetenhaus ein riesen Glück hat, dass die Zivilgesellschaft und auch die zivilgesellschaftlichen Institutionen, die hier versammelt sind, eine unendliche Geduld hat. Ohne diese Geduld – wir alle haben eine unendliche Geduld – und jeder weiß, was eigentlich die Problematik des Staats- und Verwaltungsversagen in Berlin ist – nicht total, sondern partiell. Jeder kennt die Beispiele, jeden Tag können Sie in allen Gazetten lesen, welche Beispiele es gibt; Nehmen wir mal die Kitafrage, die jetzt ansteht: Frau Scheeres sagt, das ist Sache von Frau Herrmann, Frau Hermann sagt, das ist Sache von Frau Scheeres – die Beispiele kennen Sie alle. Und alle leiden darunter.

Alle Senatsmitglieder, die meisten Bezirke, die Bezirke gegeneinander, miteinander, gegen den Senat, der Senat gegen alle, den Rest – aber wo kommt das her? Das kommt daher, dass 2001 eine der dümmsten Reformen der Berliner Verwaltung gemacht worden ist, die man machen kann. Nämlich eine Frage, die dazu geführt hat, dass es keine Verantwortlichkeiten mehr gibt und dass man sich ständig über Verantwortlichkeiten bis zum Gericht streiten kann. Das heißt, die gesamte Grundstruktur einer wirklichen Einheitsgemeinde Berlin ist damit völlig verloren gegangen. Das weiß jeder, der sich mit Verwaltung überhaupt beschäftigt. Und das bedeutet, dass es gar keine Frage ist, dass man hier Politiker-Bashing macht, das ist nur dumm. Denn alle, die heute mit diesem Artikel 67 der Verfassung Berlin leben müssen, leiden unter dieser Situation. Und weil niemand sie lösen kann, weil sie immer nur partiell politisch gelöst werden kann und weil der Senat aus lauter Angst, sage ich mal, eine Arbeitsgruppe unter Herrn Alt, dem ehemaligen Vizepräsidenten der Bundesanstalt, gemacht hat, der die Vorgabe hatte, nicht die Verfassung von Berlin zu ändern, und auch kein einziges Gesetz – da hätte er natürlich den Zaubertrank von Obelix und Ähnliches erfinden müssen. Kann er aber nicht. Das heißt, es gibt keine Lösung, weil alle wissen, dass es keine politischen Mehrheiten dafür gibt.

Und die Frage, die wir uns gestellt haben, ist eine ganz andere. Wir hätten noch 20 Papiere dazu machen können. Wir haben hier mit Straßmeir einen hervorragenden Mann, der das auch gleich alles noch sagen kann, wie wir uns wenigstens den Anfang von Änderungen denken können. Hassemer und das Forum hat ein hervorragendes Papier gemacht, weil es nicht darum geht, nur ein paar Sachen zu verändern. Sondern es geht darum, wenn Berlin eine 4-Millionen Stadt wird, dass dann die Zukunftsfähigkeit geklärt werden muss – wenn wir 40.000 und mehr Menschen jedes Jahr in die Stadt kriegen. Wer das nicht mitmacht und auch denkt und dann nicht seine Angst überwindet „Welche negativen Folgen kann das auch für mich haben?“ – auch Institutionen, die diese Angst haben – dann werden wir das nicht schaffen. Wir können es also aus unserer Sicht und auch meiner Sicht nur schaffen, wenn wir von unten eine Organisation – eine Bewegung – aufbauen – genau, wie wir am Wochenende 25.000 Leute erlebt haben, die für ihre Mietensituation auf die Straße gehen.

Und zwar Leute, die völlig frei sind – die nicht links sind, die nicht chaotisch sind. Wir müssen eine Bewegung aufbauen, die den Druck aufbaut, mit dem Senat möglichst. Aber wenn nicht, gibt es die Volksgesetzgebung und dann muss man das auch gegen den Senat und mit der Zivilgesellschaft machen. Vielen Dank, Herr Hassemer.

Volker Hassemer: Herr Kern hat auch Augen auf den Ohren und sieht, wenn ich aufstehe. Herr Straßmeir...

Alexander Straßmeir: Ich würde Sie mal einladen, sich einen Gedanken zu machen, den ich mir mache bei der ganzen Diskussion, die ja sehr fachlich verortet ist. Wir ändern Strukturen, wir ändern Zuständigkeitsgesetze, wir ändern Abläufe, wir ändern irgendwas, und am Ende haben wir die gleichen Probleme, wie vorher. Woran könnte das liegen? Das könnte z.B. am Personal in der Berliner Verwaltung liegen. Wenn man das Personal in der Berliner Verwaltung anspricht, dann ist, meines Erachtens, nicht das Parlament dafür verantwortlich, sondern die Regierung. Und ich bin überdies nicht der Meinung, dass das Berliner Abgeordnetenhaus schlechte Arbeit macht. Ich sag gleich dazu – ich habe mit ihm oft zusammengearbeitet, auch für das Parlament, aber ich war nie Abgeordneter. Mein Eindruck ist, dass die Abgeordneten der Hamburger Bürgerschaft weniger arbeiten als die Berliner Abgeordneten. Mein Eindruck ist, dass die Abgeordneten des Landtages von Mecklenburg-Vorpommern weniger arbeiten als die Berliner Abgeordneten – daran kann es nicht liegen. Wenn jemand sagt, die sollten mehr bekommen, damit wir vielleicht noch ein paar Leute bekommen, die es aus finanziellen Gründen vielleicht nicht leisten können das zu machen, da wär' ich sofort dabei. Aber an der angeblichen Halbtags­tätigkeit kann es nicht liegen. Die meisten, die ich kenne, die engagiert sind, arbeiten auch mehr als nur halbtags – die werden vielleicht nicht in dem Maße bezahlt. Also: zuständig für die Frage, wie gut das Verwaltungspersonal ist, ist die Regierung und nicht das Parlament, und da, denke ich, haben wir einiges, was ich mal mit dem Begriff einer Kultur – oder einer fehlenden Kultur – beschreiben möchte.

Ich glaube, wir brauchen einfach Profis, die die Verwaltungseinheiten leiten. Ist ja schon gesagt worden – der Bezirksbürgermeister muss ein Profi sein und die Abteilungsleiter, die heute Stadträte sind, sollten auch welche sein. Und dann sollten wir ein Leistungsprinzip haben und vielleicht die Bezahlung im öffentlichen Dienst auch noch ein bisschen verbessern, denn im Augenblick ist es so – ich bin gefragt worden: „Stimmt das eigentlich, dass bei euch in Berlin ein Staatssekretär so viel verdient wie ein Referatsleiter in einem Bundesministerium“ - da sag ich: „Ja, wenn man die Parteiabgaben nicht berücksichtigt, dann ist das so, ansonsten hat er ein bisschen weniger.“ Und da muss man sich mal überlegen, Berlin antwortet darauf mit einer gigantisch hohen Zahl von Staatssekretären. Aber ich würde sagen, weniger an der Zahl wäre vielleicht auch gut, wenn es die richtigen sind, die sich um die Themen kümmern. Ich lege also auf dieses Thema mal meinen Fokus und es liegt nicht daran, dass das Parlament wenig oder zu schlecht arbeitet, deswegen ist das eine Scheindiskussion meines Erachtens, ob wir jetzt ein Vollzeitparlament haben wollen, oder ob die noch 300 Euro für ihr Bürgerbüro bekommen. Ich meine auch nicht,

dass es Profis sein müssen. Sie sind Abgeordnete. Das heißt, sie vertreten das Volk. Wer im Wahlkreis oder von einer Liste - Bezirks- oder Landesliste - gewählt wird, vertritt die Bevölkerung und er ist gerade kein Profi. Er ist die Zivilgesellschaft, die - bevor der Begriff entstanden ist - schon ins Parlament gewählt worden ist. Und deswegen meine ich auch nicht, müssen sich die Abgeordneten professionalisieren, sondern sie sollten genau das sein, was sie sind. Nämlich gewählte Abgeordnete, die die Interessen der Menschen, die sie vertreten, dort vertreten. Und die Expertise kommt über Andere - über Gutachter, wissenschaftliche Mitarbeiter, über die Expertise in der Verwaltung, in den Ministerien - die das Parlament zu unterstützen hat. Das ist mein Ansatz. Von daher Professionalisierung des Parlaments - ich weiß nicht, was das sein soll. Ich bin auch nicht der Meinung, dass das der richtige Weg ist.

Volker Hassemer: Vielen Dank, Herr Straßmeir!

Christophe Knoch: Vielen Dank! Wenn wir da Professionalisierung brauchen, frag ich Sie Herr Musil. Sie sind Vizepräsident der Universität in Potsdam für Studium und Lehre. Produzieren wir nicht professionell - also nicht genügend - professionelle Bürger?

Prof. Dr. Andreas Musil: (lacht) Das ist eine schwierige Frage. Bürger müssen nicht professionell sein, sondern sie müssen an der richtigen Stelle an der Politik beteiligt sein. Ich bin neben dem Vizepräsidentenamt eigentlich Professor für Verwaltungsrecht und habe ein Buch über das Recht der Berliner Verwaltung geschrieben, das jetzt auch schon in der vierten Auflage ist. Ich beobachte also schon seit 15 Jahren diesen Prozess und muss sagen, ich bin so ein bisschen frustriert, weil ich sehe, dass juristische oder rechtliche Strukturen die Entwicklung behindern. Also das ist eigentlich etwas, was nicht sein darf. Sie haben schon zu Recht gesagt: Die Verwaltungsreform der 90er Jahre ist komplett gescheitert. Also sie war gut gemeint kann man sagen. Man wollte dezentralisieren und man wollte die Bürger mehr beteiligen auf Bezirksebene. Was man aber geschaffen hat, war eine organisierte Verantwortungslosigkeit, indem eben keine Fachaufsicht mehr da war, indem nur noch im Einzelfall eingegriffen werden konnte durch die Senatsverwaltung - egal bei welcher Aufgabe. Das ist nicht sachgerecht.

Deswegen finde ich es gut, dass hier vorgeschlagen wird, dass man eine sachgerechte Aufteilung macht. Also für die gesamtstädtischen Aufgaben ist die Gesamtebene auch verantwortlich, und zwar letztverantwortlich. Natürlich müssen die Bezirke das machen, aber die Hauptebene muss Verantwortung dafür übernehmen. Aber dann muss es auch meines Erachtens juristisch festgeschriebene Aufgaben geben, die auf Bezirksebene gemacht werden können. Weil was mir hier jetzt ein bisschen zu kurz gekommen ist, ist die Frage: Wie können denn Bürger auf lokaler Ebene sich wirksam beteiligen? Und das geht nicht nur mit Partizipation oder mal mitsprechen oder so, sondern sie sollen substantiell etwas zu sagen haben. Das ist ganz wichtig, dass man auf lokaler Ebene das Gefühl hat, dass man etwas mitentscheiden kann. Deswegen bin ich auch nicht dafür, dass man die Bezirke da völlig als untere Verwaltungseinheit sieht und entmachtet, sondern dass man

die Aufgaben, die gesamtstädtisch sein müssen – also zentral ist klar Bürgeramt und Baugenehmigungen, was weiß ich, das ist überall klar, dass das zentral gemacht werden muss – zentralisiert werden. Aber Dinge, die man auf lokaler Ebene entscheiden kann, die können doch auch bei den Bezirken politisch gelöst werden. Deswegen könnte man das ganz klar aufteilen und dann eben – so ähnlich, wie in den Flächenländern – so eine Aufteilung machen, wie sie früher schon mal war. Also wie sie ganz früher vor 20, 25 Jahren schon mal war. Deswegen glaube ich, dass man juristische Hindernisse wegschieben muss, und das geht leider nur durch eine Änderung des AZG. Die Verfassung muss man nicht unbedingt ändern, obwohl es besser wäre, aber es muss nicht sein, man kann es auch so machen. Das AZG muss man schon anfassen. Die einzige Möglichkeit jetzt zur Vereinheitlichung dieser Verwaltungsvorschriften, das wird nicht gemacht, also wird nicht angefasst richtig.

Deswegen glaube ich – bevor wir jetzt über Kultur und auch über solche Dinge reden: Partizipation – müssen einfach diese Hindernisse, die einfach da sind und die immer wieder hochkommen, beseitigt werden. Wenn ich da jetzt nur denke – mich hat ein Journalist angerufen und gefragt: „Wer ist denn für den Poller vor der Schule in Neukölln irgendwie zuständig, wer muss den aufstellen diesen Poller?“ Und dann habe ich gesagt: „Na das kommt darauf an, also es kommt darauf, was für eine Straße das ist, in der der Poller ist“ – entweder die Hauptebene oder die Bezirksebene – und darüber streiten die sich gerade. Die wissen jetzt nicht, wer den Poller wirklich da jetzt endgültig entscheiden kann – das ist doch absurd. Das muss rechtlich geklärt werden.

Volker Hassemer: Herr Musil, wir haben Sie länger, eine halbe Minute länger – denn er ist der zentrale Fachmann unter uns was Verwaltung angeht, und nicht nur ein bedeutender Mann der Uni Potsdam. Herr Swyter, Sie sind Vertreter der FDP. Wenn andere Parlamentarier hier sind ... Da ich nicht mehr genau die Überblicke habe – wir auch nicht haben – dann komm ich gerne sofort auf Sie. (Jetzt hat erst ... jetzt unterhaltet euch nicht untereinander, ja?) Dann will ich jetzt Herrn Swyter das Wort geben für seine Position.

Florian Swyter: Dankeschön, Herr Hassemer! Wir haben nur vorsichtig mal geguckt, welche Kollegen hier noch unter uns sind, die wir noch nicht entdeckt haben. (Ah, Herr Hansel, ja). Ja, ich möchte – auch wenn es mich juckt, ich würde am liebsten gleich ein Co-Referat halten! Nein, das habe ich nicht vor, easy also, ihr könnt gerne stehen bleiben – solange werde ich es nicht machen. Ich habe sozusagen drei Fragen. Es nimmt nicht Wunder, dass wir das Papier, was ich hier sehe, ich begrüße, sowohl die Initiative. Ich begrüße auch, dass Sie ein Forum schaffen wollen, in dem über das beste Management der Stadt gesprochen wird und nachgedacht wird. Und das, was ich hier lese, trifft den Nagel auf den Kopf, spricht die wesentlichen Themen an, so wie es wir schon als FDP-Fraktion im Sommer letzten Jahres gedacht haben und wir haben auch ein vierseitiges Papier veröffentlicht zum Thema Verwaltungsreform und haben da auch stichwortartig die wesentlichen Probleme zusammengefasst; und ich sehe hier in diesem Papier, sie waren noch nicht einmal vollständig. Aber was wir mit dem Papier bewirken wollten – und dafür werbe ich weiterhin

– ist, dass wir dann die Chancen noch nutzen, die wir haben, uns auch – spricht gar nichts gegen dieses Forum hier – in einer Enquete-Kommission versammeln. Die Zeit reicht noch dafür. Ich habe gerade von Herrn Richter gehört, das sei nicht der richtige Weg. Doch ich sehe, wir haben hier eine Vielzahl von Fragen aufgeworfen mit teilweise kontroversen Ansichten. Interessanterweise aber – im Gegensatz zu vielen anderen Themen – gar nicht so ideologisch aufgeladen, sondern oft von Fragen der Zweckmäßigkeit, natürlich auch Fragen der Macht bestimmt: Bezirke versus Land usw.. Aber eigentlich oftmals, was ich in der Diskussion feststelle, gehen die Interessen quer durch die Parteien. Und das ist für mich schon eine günstige Gelegenheit – Schwierigkeit, aber auch eine Gelegenheit – das in einer Enquete-Kommission zusammenzufassen. Denn eins müssen wir schon tun auch als Parlament: eine Entscheidung treffen.

Und wir haben hier ein Thema, auf das möchte ich auch eingehen, und die erste Frage zu formulieren: Politisches Bezirksamt – Herr Jordan hat sich für eine Entpolitisierung der Bezirke ausgesprochen. Ich sehe den Widerspruch, wenn wir sagen, wir wollen einerseits die Zuständigkeit klarer abgrenzen als bisher – Bezirke und Senat. Glaube, da ist fast schon ein Konsens hier im Raum auszumachen. Und wir sagen dann, an der Stelle sollen die Bezirke auch durchaus ihre Verantwortung haben. Dann sehe ich allerdings den Widerspruch, wenn wir die Bezirke gleichzeitig entpolitisieren und sie sozusagen faktisch zu nachgeordneten Behörden degradieren. Denn darauf würde es meines Erachtens – werden Sie vielleicht auch noch richtig stellen, Herr Jordan – aber meines Erachtens würde es genau darauf hinauslaufen. Politische Verantwortung lebt eben auch davon, dass diejenigen, die sich für diese Verantwortung haben wählen lassen, sich auch dann gewissermaßen dem Wähler gegenüber verantworten müssen. Da sind wir dann natürlich beim politischen Bezirksamt, da sind wir auch bei dem Bürgermeister. Meine zweite Frage, die betrifft Herrn Bäumer. Das fand ich besonders interessant. Da würde ich gerne etwas mehr hören vielleicht, weil das haben Sie Gegenstromprinzip genannt – wenn ich Sie richtig verstanden habe, vielleicht werden Sie das noch erläutern, verspreche ich mir davon eine Beschleunigung von Prozessen. Denn das ist ja das Problem, was wir derzeit haben, dieses Ping-Pong-Spiel verzögert die Prozesse und in jedem Bezirk haben wir Beispiele von verzögerten Prozessen. Ist – zugespitzt meine Frage – das Gegenstromprinzip geeignet trotz Beteiligungsmöglichkeiten, die Prozesse insgesamt zu beschleunigen? Es wäre zu begrüßen. Vielen Dank.

Volker Hassemer: Vielen Dank, Herr Swyter. Ich will nur diesen einen Satz sagen. Je älter Politiker werden, desto mehr Enquete-Schädigungen tragen sie mit sich herum. Das sage ich zu einem etwas jüngeren Herrn – nicht nur der Bäumer hat das. Bitte sehr –

Frank-Christian Hansel: Vielen Dank, Herr Hassemer. Ich glaube auch, dass wir jetzt in einer Zeit sind – 100 Jahre, also in 2 Jahren 100 Jahre nach dem Groß-Berlin-Gesetz – dass wir auf den Prüfstand stellen müssen, was funktioniert und was nicht. Ich glaube, es hat sich gezeigt, dass die Einheitsgemeinde, die dezentral-organisierte Einheitsgemeinde funktioniert. Wir – ich bin Vertreter der AfD-Fraktion und Parlamentarischer

Geschäftsführer – wir haben im Abgeordnetenhaus schon einen Antrag auf Parlaments- und Enquete-Kommission eingereicht. Einerseits genau mit der Zielrichtung, was Frau Grundmann gesagt hat, nämlich Parlamentsverkleinerung und Professionalisierung. Und auf der anderen Seite, glaube ich, kann man im Rahmen einer Enquete-Kommission wirklich überparteilich versuchen zu definieren einen Kompetenzkatalog – was macht die Hauptverwaltung, was machen die Bezirke – und wenn man diesen Katalog besprochen hat, dann muss es natürlich auch die Verantwortlichkeiten in jeder Ebene dann auch geben, und dann auch die Finanzen. Also das ist ein längerer Prozess, den man gemeinsam erarbeiten muss. Wir haben ja auch Hinweise bekommen nach dem Motto: macht ihr das Mal, ihr seid neu. Das ist auch unser Argument gewesen, wir können das vielleicht besser, weil wir noch nicht so verstrickt sind in die (...), in die BVV'n im Abgeordnetenhaus. Wir haben ein Zeitfenster als neue Parlamentarier, dass wir sagen, wir können das besser vertreten und können auch versuchen, die Bevölkerung mitzunehmen, was ein höherer Grad an Glaubwürdigkeit sein kann – das muss man dann sehen. Aber wenn die Kollegen von der FDP und andere sich ja auch um die Themen schon lange gekümmert haben und auch schon in anderen Enquete-Kommissionen gesessen haben da zusammentun – und auch was Präsident Wieland ja gesagt hat, der ja auch als Parlamentspräsident auch für eine Verkleinerung und ein Vollzeitparlament ist – dann, glaube ich, kann man das gemeinsam gut anpacken in den nächsten Jahren.

Volker Hassemer: Vielen Dank! Ich möchte gerne Sie, Herr Antoine, noch kurz zu Wort kommen lassen - Konsistorialpräsident bei der Evangelischen Kirche. Sie haben das Wort.

Jörg Antoine: Ja, vielen Dank! Ich würde gern mit drei kurzen Statements reagieren. Also einmal eine Perspektive, die noch fehlt, als Zweites eine Bestärkung, und als Drittes Risiken. Also zunächst einmal, was noch fehlt: Also wenn wir Verwaltung sehen, ist ja bekanntlich nicht im Wettbewerb. Wenn man in der Verwaltung einen hohen Krankenstand hat, umständlich, unfreundlich ist, die Digitalisierung verschläft, die Mitarbeiter weglauen, lange Wartezeiten hat - das sind ja alles Missstände, da kann der Bürger nölen. Aber er kann sich ja keine neue Verwaltung aussuchen, er hat sie ja nun einmal. Und deshalb ist die Verwaltung ja in besonderer Weise darauf angewiesen, dass sie aus sich selbst heraus ja auch Qualitätsbewusstsein hat und auch Qualitätsführerschaft hat. Frau Grundmann, Sie haben ja einen Ansatz genannt, wo Sie sagen, Sie wollen die Verwaltung mehr in die Pflicht nehmen darüber, aber ich denke, das reicht nicht aus. Also wir sehen ein bisschen die Überlegungen von außen hier kommend auf die Verwaltung und ich stell mir schon die Frage: Wie können wir Ansätze auch innerhalb der Verwaltung fördern, die die Verwaltung selbst zum Mitinnovator macht? Das sind eben Fragen nach Projektmanagement innerhalb der Verwaltung, nach Zielsteuerung der Verwaltung, nach Verbesserungsprozess durch Qualitätszirkel, nach Beschwerdemanagement – Beschwerden, die halt nicht irgendwie verschwinden, sondern wirklich bearbeitet werden – oder eben Innovationsworkshops mit externen Experten oder Innovatoren innerhalb der Verwaltung. Also mir scheint, wir können eine Verwaltungsreform in Berlin nicht von außen an die Verwaltung neu herantragen – das wird scheitern, das wird an ihr abprallen. Sondern, wir müssen stärker

auch fragen, wie können wir die Verwaltung selbst mit auf den Weg der Veränderung nehmen?

Zweiter Aspekt, das wäre eine Bestärkung: Also Herr Richter ich bin Ihnen sehr dankbar, dass Sie hier das Thema der Zivilgesellschaft so stark gemacht haben und es ist ja auch bezeichnendes Beispiel, was Sie ausgewählt haben im Bereich der Flüchtlingsunterbringung. Ein Klassiker eigentlich von Subsidiarität in der Gesellschaft, dass der Staat sagt, wir möchten die sozialen Dienstleistungen nicht durch den Staat erbringen, sondern aus der Bürgergesellschaft heraus und zwar insbesondere auch durch Wohlfahrtsverbände, die jeweils ideell gebunden sind in unterschiedlicher Weise - Paritätär, AWO, DRK, Diakonie, Caritas. Das schafft ideelle Bindung innerhalb der Träger, das weckt in besonderer Weise bürgerschaftliches Engagement und schafft dann auf der Kundenseite sage ich mal, die soziale Dienstleistungen in Anspruch nehmen und die wir als Kunden betrachten sollten, auch die Möglichkeit, innerhalb einer Vielfalt auszuwählen. Das, denke ich, könnte Berlin stärker nach vorne bringen. Wir haben teilweise einen großen Teil an Leistungserbringen durch den staatlichen Bereich bei Kitas und in anderen Bereichen und ich denke, wir sollten mehr Mut haben, die Zivilgesellschaft dort stärker einzusetzen und ihr das zuzutrauen. Speziell auch nochmal in Bezug auf die Kirchen muss man ja auch sagen, andere Bundesländer trauen auch hier im Bereich der Stiftungsaufsicht oder der Denkmalaufsicht über die sakralen Gebäude der Kirche und damit auch ein Teil der Zivilgesellschaft sehr viel mehr zu, als Berlin das macht. Also das würde ich mir wünschen, dass Berlin auch hier stärker und offensiver auf die Bürgergesellschaft setzt.

Und dritter Aspekt, zu Risiken: Ich will jetzt nicht als der riesige Bedenkenträger erscheinen, aber dennoch – bei all den vielen Ideen, die wir hier aufwerfen, wir werden am Ende natürlich darauf achten müssen, dass wir nicht die Berliner Verwaltung – so schwierig sie ist – nicht am Ende auch noch zerschießen. Wenn wir Aufgaben, Veränderungen und das alles neu zuschneiden, dann weiß man: dann passiert erstmal lange gar nichts. Und wenn man dann noch einen Digitalisierungsprozess reinjagt, dann kann es auch sein, dass es eine Verwaltung lahmlegt. Das würde ich sagen als Risiko. Also wie sieht der Masterplan aus, der die Abhängigkeiten aufeinander im Blick hat und strukturiert vorgeht? Das Nächste ist, es ist gesagt worden hier, wir wollen hier die Führerschaft in der Verwaltungsmodernisierung haben. Das ist richtig so vom Ansatz und Ziel herangehen. Das darf uns aber nicht übersehen lassen, dass es viele Kommunalverwaltungen gibt, die in Bereichen, wie Digitalisierung und Bürgerservice, sehr viel weiter sind, als wir hier in Berlin. Ich wäre schon froh, wenn wir manches von Anderen übernehmen könnten und das mal hier hätten, dann wäre uns schon sehr viel geholfen hier in Berlin. Zwei ganz kleine Aspekte: die Fragestellung der Zentralisierung. Also ich möchte ein bisschen Wasser in den Wein geben. Wir haben auch gerade in den West-Berliner Bezirken sehr gute Zusammenarbeiten mit den Bezirken. Und es ist nicht so, dass dann, wenn die Senatsverwaltung beteiligt ist, wir im Bereich der Endbürokratisierung landen, sondern dann stoßen wir gerade dann rein, wenn wir auf bezirklicher Ebene schon ein Ergebnis hatten. Insofern ein bisschen Realität. Und letzter Punkt: Lösungen sollten wir

nicht dahingehend suchen, sie durch Gesetze vorzuschreiben, sondern Lösungen müssen wir bieten, wenn wir sie zentral entwickeln müssen. Das sehe ich auch so im Bereich IT, Bürgerservice, Personalmanagement müssen wir mehr zentrale Kompetenz aufbauen. Aber es heißt dann nicht, dass wir sie über Gesetze und dann über Fachaufsicht und dann über Gerichtswesen einsetzen – das schafft nur eine weitere Spirale der Bürokratisierung. Wir brauchen die Lösungen zentral und sie müssen vor Ort unmittelbar einsetzbar sein. Dann kommen wir weg von Bürokratisierung hin zu Leistung. Dankeschön.

Volker Hassemer: Vielen Dank, Herr Antoine. Um an den letzten Satz einfach mal anzuknüpfen: wir brauchen eben auch keine Gesetze, die eine bessere Verwaltung verhindern. Das war ein bisschen das, was Herr Musil sagte. Dass Gesetze das Heil bringen, da sind wir uns jetzt wieder einig. Auch – ich muss das sagen – das Wort Führerschaft kann ich nicht gesagt haben, erstens. Zweitens: uns reicht schon die beste Verwaltung für Berlin zu bekommen. Dass wir dann noch weltweit bei einer Weltmeisterschaft teilnehmen, das haben wir noch nicht vor. Wir wollen – aus welchen Bestandteilen auch immer – wir können für uns, wenn wir uns selbst ernstnehmen, nicht unter dem Besten fordern. Ich kann mir das nicht vorstellen.

Nun Herr Clostermeyer in seiner langen Erfahrung, dann werde ich mich an Ihre Wortmeldung erinnern. Herr Clostermeyer hat ganz lange – aus meiner Sicht Jahrzehnte – die Baden-Württembergische Landesvertretung hier geleitet – wie sie alle wissen, das bedeutendste Haus der Landesvertretungen in der Stadt – und hat auch darüber hinaus wirklich eine lange Erfahrung aus Verwaltung und Politik. Ich kenne auch sein Spezialthema, will ihn vor allem aber fragen, ist es denn nicht auch richtig, dass wir uns mal überlegen müssen, ob Verwaltung und Politik sich in der Vergangenheit viele Aufgaben aufgehalst haben – dass Verwaltungsmodernisierung also auch sein kann, und auch Politikmodernisierung, dass nicht alles von Politik und Verwaltung gemacht werden muss. Herr Dr. Clostermeyer –

Claus-Peter Clostermeyer: Ja, vielen Dank. Nach dieser charmanten Einführung kann man ja kaum den erhellenden Ergebnissen, die in der Stiftung bisher erzielt wurden, noch einen kleinen Punkt hinzufügen. Aber ich habe mich sehr gefreut, dass doch Herr Antoine als Freund der Bezirke sich hier geäußert hat. Und ich habe auch so ein bisschen den Eindruck, man schaut natürlich in Berlin – das ist eine Tradition, die es schon seit langem gibt – immer von oben, vom Senat, eigentlich herunter. Das muss man sagen, das hat eine lange Tradition. Wenn es irgendwo brennt, dann soll der Senat ran und notfalls soll er eben auch noch den Park aufräumen, das muss eben der Senat machen. Aber ich glaube eben Einheit, eine gemeinsame Auffassung, ist schon, dass man die Aufgaben klarer trennen muss und zwar nicht nur die Aufgaben des Senats, sondern auch der Bezirke. Denn wenn erst der Senat eine Aufgabe hat, dann gibt es immer wieder das Argument, dass etwas eine gesamtstädtische Bedeutung hat und dann beginnt der Senat, Bebauungspläne, 20 Wohneinheiten an sich zu ziehen, was sicher richtig ist, wenn es um 2000 Wohneinheiten geht und 3000 Wohneinheiten, das ist gesamtstädtisch. Aber so ein kleines Baugebiet, das

ein Bezirk ganz bescheiden an die Ecke stellt - warum muss sich der Senat darum kümmern?

Zweiter Punkt, der mir ganz wichtig ist, es wurde angesprochen: ein Globalbudget. Das ist natürlich sehr schön, aber mit dem Globalbudget sind natürlich die Bezirke weiterhin Destinatäre, letzten Endes Almosenempfänger, des Senats und es gibt nichts Besseres als eigenes Geld. Und wo kommt das eigene Geld der öffentlichen Hand her? Das kommt von den Steuern. Und daher ist das ein durchaus überlegenswerter Gedanke, dass auch die Bezirke Anteile an den Steuern bekommen sollen, eigene Anteile. Weil bei denen fällt doch die Last – wenn ein Gewerbegebiet genehmigt werden muss, dann gibt es Zoff. Die Anwohner wollen das nicht haben, dann gibt es Verkehrsentlastungen. Wenn Gewerbesteuer in den Bezirk fließt, dann sieht die Sache doch ganz anders aus, dann gibt es Gesamtbewertungen, dann kann man sich dafür auch engagiert einsetzen. In der Tat - der Herr Abgeordnete von der FDP hat das schon angesprochen – Aufgabenwahrnehmung ohne Verantwortung geht glaube ich nur sehr schlecht. Und die Verantwortung wird üblicherweise in einer Demokratie alle vier bis fünf Jahre in einer Wahl manifestiert und die Direktwahl von Bezirksbürgermeistern würde vielleicht schon dafür sorgen, dass der sich darum kümmert: dass die Wartezeit in der KFZ-Zulassungsstelle nicht vier Wochen dauern, weil dann würde man möglicherweise zum Wahltag sagen, dass das nicht erfolgreich war, was der Bezirk da gemacht hat. Das sind einige Überlegungen: die Kompetenzabgrenzung schärfen - nicht nur des Senats, sondern auch der Bezirke. Den Bezirken Geld zu geben, auch Personal gestalterische Möglichkeiten zu geben, das ist mehrfach angesprochen worden. Die Bezirksverwaltung ist offen gesagt – das ist mein Eindruck unter Verwaltungsexperten – eine Verwaltung zweiter Klasse was die Finanzen angeht. Warum sollte ein guter Mann oder eine gute Frau, denn in einer Bezirksverwaltung anfangen, wenn es doch viel attraktiver ist in der zentralen Hauptverwaltung, weil er da besser verdient, bessere Aufstiegsmöglichkeiten hat? Die Bezirke sollen auch selbst organisieren können, wie ihre Ämter aussehen. Natürlich ganz klar: dieselbe Aufgabe wird natürlich in einer Stadt wie Berlin, auch einheitlich wahrzunehmen sein. Und, wie gesagt, Politik ist auf Bezirksebene vielleicht auch nicht das Schlechteste. Wir leben ja schließlich in einer Demokratie. Singapur verwaltet sich zwar ganz toll, aber ob das unser Ziel sein kann, eine solche technokratisch effektive Verwaltung zu haben, das weiß ich auch nicht, vielleicht passt das auch nicht zu Berlin?

Christophe Knoch: So jetzt sind aus dem Publikum noch Wortmeldungen. Sie gleich, aber, ich glaube, da hinten ist noch eine Wortmeldung gewesen.

Thomas Birk: Ich bin sozusagen auch als Parteivertreter eingeladen worden von Dirk Jordan. Ich bin Thomas Birk, ich war 11 Jahre Abgeordneter für Verwaltungsmodernisierung, seit 2016 jetzt nicht mehr, aber weiterhin mit dem Thema sehr befasst. Ich könnte jetzt zu Jedem etwas sagen, tue ich aber nicht. Ich möchte anknüpfen an das, was Hartmut Bäumer gesagt hat. Das ist fast eins zu eins das gewesen, was ich so vor 15 Jahren für einen Landesparteitag der Grünen formuliert habe – diese

klare Aufgabentrennung, mit der Aufgabenerfüllung nach Weisung usw... Nur so einfach - das führe ich gleich aus - wie wir uns das damals vorgestellt haben, ist es im Zeitalter der Digitalisierung leider auch nicht mehr. Denn es gibt zwei Paradigmenwechsel, die wir uns vor Augen führen müssen. Einmal - das ist jetzt heute nicht das Schwerpunktthema - die Berliner Verwaltung muss wachsen, statt Personalabbau brauchen wir Aufbau. Dann fragt man sich dann: „An welcher Stelle?“ Thomas Hess hat gerade darauf hingewiesen, die Bezirke machen ja nur ein Fünftel der Verwaltung aus. Vielleicht muss man sich auch mal um die Gewichtung Gedanken machen, die da bisher stattgefunden hat? Aber das Zweite ist, ich auch als alter Verwaltungsmodernisierer - ich bin auch schon Ende 50 - wir haben Jahre lang der Verwaltung gepredigt: nur das Ergebnis zählt, und dann die Wirkung. Wie ihr da hinkommt, ist ganz eure Sache. Und das war mit dem Verwaltungsreform-Grundsätze-Gesetz, auch Gesetz - der Weg war sozusagen freigegeben. Im Zeitalter der Digitalisierung, wo wir angegliche Prozesse brauchen - es wurde ja gerade gesagt, für gleiche Aufgaben brauchen wir gleiche Geschäftsprozesse - geht das so nicht mehr. Das heißt, wir müssen über tausende Geschäftsprozesse, die wir in der Berliner Verwaltung haben, eine Angleichung organisieren; und zwar, solange es Bezirksaufgaben sind, zwischen den Bezirken. Aber viele Aufgaben lassen sich eben nicht so ganz einfach trennen. Sondern es gibt Aufgaben, die sind auch in Landesämtern, die mit den Bezirken zusammen arbeiten und eben auch in der Hauptverwaltung mit den Bezirken zusammen. Und das zu organisieren, das ist die Herausforderung der Stunde und da kommst du, Hartmut, mit der einfachen Trennung nicht weiter.

Ich will es an den vier Beispielen, die im Koalitionsvertrag stehen, festmachen. Wir haben vier Aufgaben, die eigentlich originäre Bezirksaufgaben sind: das sind die Bürgerämter, das Schulbau- Schulbaumanagement und Sanierung, Radverkehr und Obdachlosenmanagement - Unterbringung von Obdachlosen - alles Bezirksaufgaben. Nur wir wissen, die Bezirke alleine werden das nicht wuppen. Schon gar nicht, wenn Sie dafür lauter neue Geschäftsprozesse organisieren müssen, auf die dann die IT-Fachverfahren gesetzt werden. Das heißt, wir werden immer eine Zusammenarbeit, eine Verabredung, zwischen Hauptverwaltung Bezirken brauchen. Darüber „Wie kommen wir zum gemeinsamen Geschäftsprozess?“, „Wer bezahlt es?“, und „Wie kommen wir dann zu einem Fachverfahren?“ das auch alle anwenden, und nicht drei oder vier Bezirke sagen: „nein, das machen wir nicht“ oder sich die Hauptverwaltung an einer entscheidenden Stelle aus der Finanzierung stiehlt und dann geht es auch nicht weiter. Das sind Aufgaben, die uns das E-Government-Gesetz aufgegeben haben. Das müssen wir bis 2022 wuppen, da ist nämlich die elektronische Akte die führende Akte und das müsste eigentlich bis dahin erledigt sein; schaffen wir nicht, ist uns klar, aber der Weg dahin muss bestritten werden.

Ich wollte nur noch einen Satz zu Aufgaben nach Erfüllung nach Weisung sagen. Ich bin jetzt in Brandenburg tätig. Dort haben wir die Kommunen, die diese Aufgaben haben. Glaubt bitte nicht, dass die Landesverwaltung und das Parlament und auch die Kommunen damit zufrieden sind - wir haben dort Aufgaben, die wirklich eigentlich ganz klar zur Erfüllung nach Weisung in den Kommunen sind. Aber die werden dort so unterschiedlich

durchgeführt, dass es zu sehr unterschiedlichen Ergebnissen kommt und das ist das Dauerthema im Parlament, im Landtag Brandenburg - das wollte ich nur nochmal mit reinbringen.

Christophe Knoch: Bevor jetzt Herr Musil und Herr Lindner noch dran sind, wollen wir doch Herrn Schwarz dazu nehmen. Was sagt der Verband Berlin-Brandenburgischer Wohnungsunternehmen dazu?

Bertram Schwarz: Guten Tag! Bertram Schwarz vom Verband Berlin-Brandenburgischer Wohnungsunternehmen. Ich möchte meinen Beitrag, nachdem jetzt schon viel gesagt wurde, vielleicht dazu nutzen, um nochmal auf die Punkte von Herrn Jordan und Herrn Bäumer einzugehen. Denn das sind auch die, die aus unserer Sicht da ganz zentral sind, weil von Einheitlichkeit die Rede ist, weil von klaren Fristen die Rede ist; Alles Dinge, an denen es im Moment oftmals mangelt, und wo wir sehen, dass es dort auf jeden Fall eine Verbesserung braucht, um einfach wieder Verbindlichkeit und Planbarkeit herzustellen. Das ist nicht nur für die Unternehmen im BBU relevant, sondern auch für jede einzelne Privatperson: Einheitlichkeit. Aber auch bei uns nicht im Sinne des Wegfallens der Bezirke, sondern eher im Sinne einer gemeinsamen Idee und eines gemeinsamen Selbstverständnisses in der Verwaltung. Denn das ist das, was wir häufig nicht sehen, wenn die einzelnen Fachverwaltungen gegeneinander arbeiten, oder beide Ebenen gegeneinander arbeiten. Wie kommen wir dahin? Wir kommen dahin, indem wir das AZG anfassen. Durchgriffsrecht war ja schon angesprochen, auch Selbsteintrittsrecht als Auffangzuständigkeit wäre beispielsweise so eine Überlegung, die man da führen könnte. Wir brauchen ein einheitliches Personalmanagement – das sehe ich ganz genauso -, auch durchaus eine einheitliche Bezahlung wäre da sicherlich hilfreich. Und wir brauchen unbedingt eine einheitliche Digitalisierungsstrategie – das ist auch schon gesagt worden. Die Bedenken, die vorhin geäußert wurden von Herrn Antoine, die sind sicherlich sehr wichtig, aber dennoch möchte ich auch dafür plädieren, dass wir bei dem großen Wurf bleiben, denn den braucht diese Stadt unbedingt.

Volker Hassemer: Vielen Dank, Herr Schwarz! Herr Lindner –

Erik Lindner: Ja, Erik Lindner spricht mal als Bürger. Wir haben ja an der Wand stehen, Berlin mit dem besten Management: das ist der Anspruch, ein sehr hoher Anspruch. Ich denke, besser werden wäre die Aufgabe – das ist eine sehr große Aufgabe. Wie wird denn das Ganze hier besser? Ich denke – hier wurde auch vorhin von Herrn Kern davon geredet, dass der Langmut der Bürger sozusagen Schonzeit bringt. Ich glaube irgendwann ist es mit der Schonzeit vorbei in dieser Stadt. Der Unmut wächst – das kann man an allen Enden und Ecken beobachten. Am besten ist die Stadt Berlin bundesweit in Finanzämtern, da wird am schnellsten gearbeitet. Eigenartigerweise geht das dort. Da fühlt man sich als Bürger verhöhnt, aus meiner Sicht, wenn die Einkommenssteuer am ehesten kommt und wenn ich ungefähr 4-6 Monate auf einen Standesamt-Termin warten muss, warum auch immer. Dieser Unmut wird also wachsen und ich denke, ein Weg, dieses ganze Besserwerden in

Angriff zu nehmen, wäre – also nicht nur oben sozusagen bei den Häuptlingen, sondern auch bei den Indianern anzusetzen. Wenn wir 120.000 Leute in der Berliner Verwaltung haben – bundesweit ist das Spitze, ich glaube, es gibt nicht mehr irgendwo in irgendeinem Bundesland, also über 30.000 pro Tausend Einwohner – wenn diese 120.000 Leute ein Fünkchen Selbstrespekt, Selbstachtung haben, dann kann man das zur Eigenmotivation auch nutzen. Die wollen irgendwann besser werden, weil sich ja nicht nur immer als die letzten der Republik darstellen lassen wollen. Vom LAGeSo bis zu was auch immer, im Finanzamt oder bei KFZ-Zulassungsstelle, wird es Leute geben, die das stört, dass es eben schlecht läuft. Ergo könnte man doch die Leute sozusagen bei der Ehre packen und ihnen etwas mitgeben auf den Weg zu etwas Besserem. Da braucht man, glaube ich, nicht den Senat oder das Parlament umbauen. Da muss man unten bei den Indianern anfangen und damit tatsächlich mal etwas in die Wege leiten, was dazu führt, dass der Unmut der Leute abnimmt, und nicht wächst.

Prof. Dr. Andreas Musil: Ja, ich wollte nochmal auf die Finanzierungsfrage zurückkommen, die Sie angesprochen haben. Ich finde es extrem wichtig, dass man eigenes Geld hätte als Bezirk, wenn man den zuständig wäre. Das ist aber halt nicht so einfach, weil einfach – wenn man sich die Struktur Berlins überlegt, die Gemeindesteuern – was könnten denn die Bezirke kriegen? Zum Beispiel die Gewerbesteuer ist die wichtigste Gemeindesteuer – was soll denn da passieren? Hat dann plötzlich Zehlendorf einen höheren Hebesatz als Wilmersdorf oder sowas? Die Straßenzugehörigkeit entscheidet schlussendlich darüber, wer welchen Steuersatz hat. Also das ist nur ein kleines praktisches Problem. Und dann diese kleinen Steuern: Zweitwohnungssteuer, Hundesteuer, was weiß ich, die machen ja dann den Bedarf nicht fett bei den Bezirken. Was ich damit nur sagen will, ist, dass es richtig ist, dass man eigene Einnahmen braucht, aber wie man das hier in diesem schwierigen Berlin organisieren will, ist mir noch nicht ganz klar. Man müsste ganz neue Wege gehen. Dieses Modell Gemeindesteuern an die Bezirke würde auf jeden Fall so einfach nicht funktionieren, sondern man müsste irgendwie mit Quoten arbeiten und dann ist man eben doch wieder bei Globalsummen, oder sehr nah dran. Im Grunde ist, glaube ich, da am wenigsten wirklich durchgreifende Lösungen in Sicht.

Volker Hassemer: Vielen Dank, Herr Musil. Ich habe noch zwei Wortmeldungen, die möchte ich gerne – Sie bitte, und dann am Schluss Frau West. Bitte sehr –

Thomas Hess: Thomas Hess, seit 43 Jahren – ich sag das etwas beschämend – Führungskraft in der Berliner Verwaltung. Ich möchte uns die Einführung von Herrn Branoner in Erinnerung rufen. Er hat von dem Personalabbau gesprochen durch Altersausscheiden und von dem erhöhten Personalbedarf. Ich glaube, das ist eine enorme Chance für die Stadt, weil jetzt kommt es darauf an, welche Führungskräfte ausgewählt werden. Wir stehen vielleicht wie der VW-Konzern vor einem dramatischen kulturellen Veränderungsprozess. Über viele, viele Jahre in den beiden privilegierten Stadtverwaltungen – West und Ost – sind oft gute Sachbearbeiter und Sachbearbeiterinnen, die einen tollen Job gemacht haben, Führungskräfte geworden. Aber

wenn die These hier ist, Berlin – Stadt mit dem besten Management, ist doch die Frage, ob beste Sachbearbeiterinnen und Sachbearbeiter auch gute Führungskräfte sind. Und ich glaube, da hat die Stadt einen enormen Nachholbedarf und mit der Chance, so viele Stellen zu besetzen, auch eine gute Gelegenheit. Vor vier Wochen hat unter dem Dach des Tagesspiegels Sebastian Mutscher sein Buch „Gestalten statt Verwalten“ vorgestellt im kleinen Kreis der Verwaltung. Interessanterweise waren unter den Zuhörerinnen und Zuhörern die Beschäftigtenvertretungen seiner Zeit im LAGeSo. Und wenn ich mal herausstelle, was er anders gemacht hat: er hat kommuniziert und er hat entschieden. Und er hat das in den vorhandenen Strukturen gemacht ohne Änderung des AZG und er war relativ erfolgreich unter diesen erschwerten Bedingungen. Aber was hat die Berliner Verwaltung daraus gelernt? Mir ist nicht bekannt, dass es irgendwo einen Ort gegeben hat, wo systematisch mal zurückgeschaut worden ist. Wie sind wir in die Krise gekommen bei der Flüchtlingsbetreuung, wo die Zivilbevölkerung uns nachhaltig geholfen hat, dass die Stadt den Menschen wenigstens annäherungsweise gerecht werden konnte? Also was ziehen wir für Lehren daraus? Das haben wir nicht gemacht. Und deswegen ist Personalmanagement mehr für mich als schnellere Einstellungen. Wenn ich die falschen Leute schnell einstelle, wird es auch nicht besser. Und ich glaube, den engagierten, motivierten Leuten ist es auch nicht so viel wichtiger, ob sie jetzt die Angleichung an die Bundesbesoldung, an die Durchschnittsbesoldung der Länder bei Beamten innerhalb der nächsten Monate oder erst innerhalb der nächsten Jahre bekommen. Also die richtigen Führungskräfte, das richtige Management auswählen und Danke für die These.

Volker Hassemer: Frau West –

Clara West: Ja, Entschuldigung, ich hatte ja vorhin vergessen, mich vorzustellen. Clara West ist mein Name, ich bin jetzt die zweite Runde sozusagen im Berliner Parlament. Also seit 2011 dabei, war vorher auch in der Bezirksverordnetenversammlung, habe dort in der BVV Politik gemacht, habe bisher nicht in der Verwaltung gearbeitet außer im weitesten Sinne in der BVV, die ja Teil selbiger ist. Ich hätte natürlich jetzt Lust, zu gleich allen Punkten etwas zu sagen. Ich will mich vielleicht aber mal auf den letzten Punkt beschränken, das ganze Thema Personal. Ich sag mal, sehr viele Dinge nochmal zur Verwaltung allgemein gesagt haben, obwohl ich mir vorgenommen habe, heute die Verwaltung nicht zu verteidigen, möchte ich es an einem Punkt ein Stück weit tun. Weil natürlich genauso wie es nicht *den* Bürger gibt, gibt es nicht *die* Verwaltung. Gerade wenn wir jetzt über 100.000 Menschen reden, die hier in dieser Stadt für die Verwaltung arbeiten, ist das natürlich erstmal – auch wenn das eine Binsenweisheit ist – ein sehr heterogenes Gebilde, wo es das Eine und das Andere gibt. Das größte Problem, was ich eigentlich sehe, ist tatsächlich – so ein bisschen auf der Metaebene –, dass die systematischen Ansätze fehlen, die Dinge, die an vielen Stellen vielleicht schon gut laufen – wie bei den Bürgerämtern, die ja mittlerweile aus ihrem Problembereich ganz gut rausgekommen sind – eben systematisch auf alle Bereiche zu übertragen.

Und der zweite Punkt ist – da würde ich gerne an den Herren von eben anknüpfen – das Thema „Frage Personal“. Wie gewinnt man die eigentlich? Wenn es nur daran liegt, dass im Moment ganz viele Leute für die Verwaltung arbeiten, die es nicht hinkriegen – dann müssen wir ja eigentlich nur abwarten, weil ungefähr die Hälfte tauscht sich ja gerade aufgrund des demographischen Wandels aus. Aber ich glaube, es wird allen klar sein, das wird nicht ausreichen. Sondern, es muss natürlich darum gehen: wie kriegen wir denn eigentlich die Leute, die wir haben wollen? Und wenn man sich mal anguckt – natürlich, klar, Lohn spielt auch eine Rolle – aber in den ganzen Mitarbeiterbefragungen innerhalb der jetzt schon bestehenden Verwaltung gibt es ein paar Faktoren, die mittlerweile deutlich höher gewertet sind. Das sind überraschenderweise vermeintlich weiche Faktoren, wie Vereinbarkeit von Familie und Beruf, flexible Arbeitszeiten, dass man mal zuhause arbeiten kann usw. Sprich, die gut ausgebildeten, jüngeren Leute, die man heute gewinnen will, legen auf ganz andere Sache wert. Das heißt dann heute auf neu-deutsch „Work-Life-Balance“ oder so ähnlich. Und das sind im Übrigen auch die Faktoren, wo eine Berliner Verwaltung auch mit einer Bundesverwaltung konkurrieren könnte. Weil man sagen kann, das sind genau die Stellschrauben, an denen man drehen kann, ohne dass wir jetzt sehr, sehr viel Geld drauflegen für astronomische Lohnerhöhungen. Wo man sagen kann, da werden wir auch auf absehbare Zeit – so ehrlich muss man sein – zumindest mit der Bezahlung des Bundes, ich meine jetzt nicht den Durchschnitt der Länder, das ist ja nochmal was anderes – eben mithalten können, weil da schließen wir ja tatsächlich auch in absehbarer Zeit auf. Das ist der eine Punkt. Gut, aber auch da muss man fragen, was das heißt, was die Leute für Erwartungen haben. Also ich muss ganz ehrlich sagen, ich gehöre nicht mehr zu der Generation, wo ich nicht mehr die Erwartung habe, dass ich mit einem Gehalt einsteige, mit dem ich von heute auf morgen eine große Familie ernähre. Ich glaube, auch da sind die Erwartungen anders – ohne, dass ich jetzt als Sozialdemokratin sagen will, dass ein auskömmlicher Lohn wichtig ist – aber ich glaube, auch da muss man das mal ins Verhältnis setzen. Ein Lehrer, der in Berlin einsteigt, verdient nicht übel muss ich mal sagen, und zwar im großen Vergleich mit Firmen der Privatwirtschaft – wo ich jetzt nicht sagen kann, da kann ich jetzt in erster Linie die Unattraktivität des öffentlichen Dienstes erkennen.

Einen Punkt möchte ich noch ganz kurz sagen, weil ich ja dazu vorne gefragt hatte – da hat Herr Straßmeir ja auch schon ein paar Sachen gesagt. Ich kann Ihnen ganz sicher sagen, das Berliner Parlament ist ganz faktisch – und das ist ein offenes Geheimnis – kein Teilzeitparlament mehr, schon lange ein Vollzeitparlament. Unsere Sitzungszeiten gehen von morgen bis abends. Ich würde mal behaupten, dass die meisten Kollegen weitaus mehr als Vollzeit, also sprich deutlich mehr als 40 Stunden die Woche, arbeiten. Das ist gar nicht der Punkt. Der einzige wesentliche Unterschied, der uns von einem formalen Vollzeitparlament trennt, ist tatsächlich die Diät. In dem Moment, wo man das ändern würde, würde die sich nämlich verdoppeln – und da brauche ich Ihnen nicht sagen, dass das gerade nicht unbedingt die populärste Forderung ist. Abgesehen davon, dass das aus mir keinen Profi macht, wenn ich doppelt so viel verdiene – auch wenn ich natürlich sagen

muss, dass mir der Gedanke nicht total unattraktiv erscheint. Im Großen und Ganzen bei Ihren Vorschlägen –habe ich so ein bisschen den Eindruck, dass die Frage ist: Erreichen Sie denn das Ziel? Denn das Ziel, ich sage mal, Parlamentarier zu schaffen, die sich tatsächlich um das große Ganze oder um die systematische Kontrolle kümmern, das kriegen wir doch dann hin, wenn wir tatsächlich auch über diese systematischen Dinge reden. Und nicht – ich bin im Hauptausschuss, also im Haushaltsausschuss, da reden wir regelmäßig ab und zu mal über die Lüftungsklappen einzelner Schulen. Warum tun wir das? Weil tatsächlich ständig einzelne Projekte bei uns landen, die eigentlich – wenn überhaupt – in der BVV geklärt werden muss.

Und dann möchte ich den letzten Gedanken noch loswerden, also ein Plädoyer. Ich will vehement gegen die Entpolitisierung der Bezirke sprechen, weil ich nämlich sagen muss, wir brauchen keine Entpolitisierung, wir brauchen eine richtige Gewaltenteilung. Wir brauchen in den Bezirken tatsächlich zu einem starken Bezirksamt auch starke BVVn. Die werden – so würde ich das natürlich vorstellen – einhergehen mit einer klareren Aufgabenteilung und zwar von unten nach oben; ich sage mal, wo die Verantwortlichkeiten in beide Richtungen geklärt sind, natürlich auch in der Lage sind, so, wie sie ausgestattet sind und mit ihren Rechten ausgestattet sind, das Bezirksamt dann auch zu kontrollieren. Das ist der Punkt, das würde ich mir sehr wünschen, dass das damit einhergeht und weniger das zu einer reinen Verwaltungsveranstaltung zu machen.

Volker Hassemer: Vielen Dank, Frau West! Jetzt gehen wir in die Schlussrunde – die führt Herr Spenn an.

Matthias Spenn: Ja, Sie sind ja Mitglied der Arbeitsgruppen, haben uns Ihre Thesen vorgestellt. Jetzt wurde diskutiert – das war das Wichtigste einfach, dass diese Meinungen zu Wort kamen. Und jetzt ist ja die Frage: Was nehmen Sie eigentlich mit in die Weiterarbeit? Denn ich vermute mal, Ihre Thesen waren nicht das Ende, sondern ein Zwischenstadium. Denn das Ziel ist ja, ein Berlin-Forum durchzuführen und das ist hier eine Vorerörterung. Ich fange bei Herrn Richter an – der war vorhin der letzte, der beitragen konnte. Und Herr Richter, sagen Sie mal, ein oder maximal zwei Gesichtspunkte, wo Sie sagen, das nehme ich heute mit, das ist interessant, das muss ich mir unbedingt einpacken sozusagen.

Stefan Richter: Na zum Einen ist viel darüber geredet worden, wie Verwaltung unterstützt wird, um zum besten Stadtmanagement beizutragen. Ich denke, wir brauchen auch einen Diskurs, wie Zivilgesellschaft unterstützt werden kann, um zum Stadtmanagement beizutragen. Herr Musil und Herr Antoine haben ja Beispiele genannt. Ich denke, auch Zivilgesellschaft muss gestärkt werden, gebildet werden, es müssen Ressourcen zur Verfügung gestellt werden, um effizient zum Stadtmanagement beitragen zu können. Und es ist mir nochmal deutlich geworden, dass dort die Diskussion, die Debatte, glaube ich, ein bisschen einseitig war. Und dann ist mir nochmal klar geworden – da gucke ich zu Ihnen, dass wir über das Format, wo wir wirklich zu Umsetzungen kommen, wo wir sagen Berlin-

Forum, wo es jetzt andere Vorschläge gibt - dass das ein ganz, ganz zentraler Punkt ist und über der inhaltlichen Debatte steht. Wenn wir das nicht geklärt haben – und ich will jetzt keine Lösung sagen - aber Sie haben mich nicht überzeugt mit der Enquete, ich habe ja selber in zwei Enquete-Kommissionen gesessen. Ich will nicht inhaltlich einsteigen, ich will nur sagen, das erscheint mir wirklich als ein ganz zentraler Punkt, den wir klären müssen.

Matthias Spenn: Herr Jordan, was nehmen Sie mit?

Dirk Jordan: Klar war das Stichwort – mein Stichwort – der Entpolitisierung. Bezirksspitze ist hier kritisch gesehen worden. Ich will es nochmal präzisieren. Mir geht es nicht darum, dass ich nicht Entscheidungen will, sondern dass wir die – wie ich finde, an vielen Stellen fach- und sachfremden parteipolitische Bewertung „ich mach's mal nicht, weil da die andere Farbe dran ist“ –zurückzudrängen. Das habe ich auch erlebt auf der Kommunalpolitikebene – war ich auch mal BVV'ler - habe ich aber auch vieles an Zusammenarbeit quer erlebt. Das zweite ist: weil die Bezirke eben nicht nur bezirkliche Aufgaben wahrnehmen, sondern auch – in unseren Gedanken – im Auftrag gesamtstädtische, muss auch dieses dann sozusagen in der Umsetzung von solchen parteipolitischen Einfärbungen meines Erachtens besser geschützt sein. Deswegen bin ich für das bisher bestehende Modell des Proporz-Bezirksamts, wie es ja dann formal heißt.

Matthias Spenn: Gut. Herr Bäumer, wie ist es bei Ihnen? – kurz und bündig, was nehmen Sie mit?

Hartmut Bäumer: Tja, also ich nehme als erstes mit, dass aus den Antworten zu 80% deutlich wird, Berlin hat kein Erkenntnisdefizit, wir haben ein Umsetzungsdefizit. Deswegen brauchen wir auch keine Enquete-Kommission sage ich da nur. Zweitens fand ich die Anregung von Herrn Musil sehr wichtig, nochmal auf der untersten Ebene – die würde ich sogar noch unterhalb der Bezirke ansiedeln – zu gucken, wie können wir Bürgerinnen und Bürger da stärker in die Partizipation oder in die Entscheidungsfindung miteinbeziehen. Das finde ich ein wichtiges Argument, was bisher gefehlt hat. Und Ihnen sage ich dann privat, was ich mit Gegenstromprinzip meinte, sonst kriege ich einen auf den Deckel, weil ich zu lange geredet habe.

Matthias Spenn: Danke. Dann gebe ich gleich weiter an Frau Grundmann.

Birgit Grundmann: Ja, ich nehme erstens die Erkenntnis mit – aber habe ich auch erwartet - dass das Thema Vollzeitparlament ein vermintes Thema ist. Ich nehme auch mit, dass das natürlich nicht ein Allheilmittel ist - so war es auch nicht gedacht, es ist ein Baustein. Und ich knüpfe nochmal daran an, was vorhin gesagt worden ist. Es gibt keinen Wettbewerb – umso wichtiger ist in einem Prinzip von Checks und Balances, dass die Checks funktionieren. Und ich wollte hier in keiner Weise irgendein Politiker-Bashing betreiben. Mir ging es darum, dass ich fest davon überzeugt bin, dass Parlamentarier, die mehr Zeit haben, auch besser kontrollieren können - ganz einfach. Ich bin in Hamburg immer ein großer Fan gewesen dieses Teilzeitparlaments, aber das habe ich ja vorhin auch gesagt:

Berlin ist nicht Hamburg. Berlin ist vergleichbar mit seinen Aufgaben, seiner Größe und seinem Wachstum mit Flächenstaaten und nicht mit Stadtstaaten, also das zur Klarstellung.

Matthias Spenn: Ja, vielen Dank! Dann ist Herr Branoner noch dran, der hat schon das Mikrofon.

Wolfgang Branoner: Ich freue mich auf die Diskussion danach. Ich glaube, es wäre jetzt alles nur Wiederholung und kostet Zeit.

Matthias Spenn: Ja, Herr Branoner ist fertig. Jetzt ist Herr Hassemer, der Vorstandsvorsitzende, der kann jetzt mal sagen, was für ihn jetzt rausgesprungen ist.

Volker Hassemer: Also zunächst einmal sind Sie rausgesprungen, Herr Spenn, also mit Ihnen mache ich das öfter. Der ist ja noch schärfer als ich in der Disziplinierung der Leute – die sitzen alle hier und haben eine blasse Nase. Ja, Herr Bischof, vielen Dank für die Gastfreundschaft – für die Idee, das eben halt nicht nur aus den Potentialen der Stiftung zu machen, sondern gemeinsam mit Ihnen und mit den Anderen. Das ist einfach eine gute Idee gewesen und ich hoffe, wir bleiben so oder so zusammen, damit die Politik nicht denkt, uns geht irgendwo mal die Luft aus, denn die Politik atmet manchmal nicht schnell genug ein. Ich bedanke mich also auch bei Ihnen, Herr Spenn, bei Ihnen auch, Herr Neumann. Sie haben ein Beitrag gebracht zu einem Thema, das wir am Freitag gehabt haben. Und wir würden gerne einmal auf Sie zurückkommen, denn Mitverantwortung der Bürger – und nicht nur die Beteiligung – ist für uns ein zentraler Begriff. Das haben Sie so, als hätten Sie es schon immer ausgesprochen, benannt. Da werden Sie hoffentlich bei uns in einer anderen Weise hängen bleiben. Insgesamt hat für mich die Diskussion gezeigt – erstens, Herr Kern hat das angedeutet, Herr Lindner hat es gesagt: Irgendwo ist es in der Stadt jetzt soweit, dass man nicht mehr sagen kann, es wird ja halt so weiter gehen, wir sind halt in Berlin. Sondern, dass man auch – und gerade in dieser Stadt – mal den Versuch machen sollte, den Ansprüchen, die wir ja alle miteinander haben, ohne aggressiv zu sein gegen Handelnde, aber den Ansprüchen irgendwo versuchen, gerecht zu werden. Ich sage das so vorsichtig – wer den Versuch noch nicht einmal macht, der diffamiert sich eigentlich selbst. Ich bin alt genug, um zu wissen, wie oft und wie immer wieder und teilweise fehlgelaufen, Herr Kern, die Versuche gewesen sind. Irgendwann muss man auch einmal grundsätzlich und gründlich sein und ich glaube, der Zeitpunkt ist jetzt und ist gut. Und es ist dann auch in der Diskussion – wir werden das alles aufzeichnen – deutlich geworden, wie viele Aspekte dabei zur Sprache kommen können. Und der Satz zu sagen, „machen wir erstmal das und dann ist es ja schon“, der sollte für uns nicht gelten. Das ist wie bei einem Organismus. Wenn man dann sagt, also gut, wenn das Bein jetzt wieder einigermaßen gut läuft, vergessen wir, dass die Ohren immer noch schlecht sind. Wir müssen wirklich den Versuch machen, uns dem Gesamtsystem zu stellen. Ich sage das nicht, weil ich denke, das wird auf jeden Fall gut gehen. Ich sage, es kann schon mal gar nicht gut gehen, wenn wir uns nicht

mit diesem Anspruch aufstellen. Das ist für mich die Konsequenz dieses Abends und Herr Knoch wird mich jetzt korrigieren.

Christophe Knoch: Veranstaltungsankündigungen ..

Matthias Spenn: Ich bedanke mich auch, dann will ich gleich das Schlusswort nehmen. Ich habe mich gefreut, dass dieser auch wieder für gesellschaftliche Themen als Diskussionsraum sich geeignet gezeigt hat und dass Sie da mitgemacht haben. Und wir als Veranstalter der Landeskirche laden Sie jetzt ein, noch ein bisschen hier zu bleiben. Hinter den Vorhängen gibt es Brezeln und gibt es Wein und wahrscheinlich auch alkoholfreie Getränke. Sie können jetzt einfach noch miteinander reden, wir können noch miteinander uns streiten, oder nach Wegen suchen. Herzlich willkommen und denen, die schon gehen müssen eine guten Abend und einen guten Nachhauseweg. Vielen Dank!